

Arbeitsheft 3

3. Tagung des 3. Landesparteitages
19. Oktober 2013 in Eberswalde

Inhaltsverzeichnis

Besetzung der Kommissionen des 3. Landesparteitages	Seite 3
A.3 Initiativantrag zur Auswertung der Bundestagswahlen und zu Aufgaben in Vorbereitung der Wahlen 2014	Seite 4
C.2 Bericht an den 3. Landesparteitag über die Umsetzung des Beschlusses des 2. Landesparteitags zur Parteireform	Seite 13
C.3 Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Landesparteitages	Seite 23

1 Besetzung der Kommissionen des 3. Landesparteitages

2

3 **Arbeitspräsidium**

4	Daniel Golze	HVL
5	Matthias Loehr	Lausitz
6	Birgit Wöllert	Lausitz
7	Margitta Mächtig	BAR
8	Kornelia Wehlan	TF
9	Katharina Dahme	Linksjugend [´solid]
10	Sebastian Walter	BAR
11	Gerrit Große	OHV
12	Bernd Sachse	MOL
13	Marco Büchel	MOL

14

15 **Redaktionskommission**

16	René Wilke	FFO
17	Christine Poppitz	BAR
18	Norbert Müller	Linksjugend [´solid]
19	Karin Kühl	Lausitz
20	Stefan Ludwig	LDS
21	Harald Petzold	LAG Schule und Bildung

22

23 **Antragskommission**

24	Maritta Böttcher	TF
25	Thomas Sohn	BAR
26	Sascha Krämer	P
27	Kirsten Tackmann	OPR
28	Irene Koepe	BAR
29	Thomas Nord	FFO

30

31 **Wahlkommission**

32	Kerstin Meier	FFO
33	Matthias Böhme	MOL
34	Karin Heckert	HVL
35	Dominik Rabe	BAR
36	Andrea Grunert	P
37	Peter Gehrman	TF
38	Ursel Degner	OHV

39

40 **Mandatsprüfungskommission**

41	Simone Schubert	MOL
42	Jörg Schönberg	HVL
43	André Kaun	Lausitz
44	Ilka Gelhaar-Haider	LDS
45	Rainer Dominok	TF

46 **A.3 Initiativantrag zur Auswertung der Bundestagswahlen und zu Auf-**
47 **gaben in Vorbereitung der Wahlen 2014**

48
49 **Einreicher: Landesvorstand**

50
51 **100% sozial für Brandenburg**
52 **Die politische Situation nach der Bundestagswahl**

53
54 Die Botschaft unseres Wahlkampfes war eindeutig: „100 % sozial“. Dies war nicht nur der Titel
55 unseres Wahlprogramms. Auch die Kampagne mit unseren politischen Forderungen nach ei-
56 nem Mindestlohn von 10 Euro, einer solidarischen Mindestrente von 1.050 Euro und mit der
57 Forderung nach der Abschaffung von Hartz IV war konsequent an der sozialen Frage ausge-
58 richtet. Wir haben die soziale Frage konsequent in den Mittelpunkt der wahlpolitischen Ausei-
59 nandersetzung gestellt.

60
61 DIE LINKE ist auf Bundes- und auf Landesebene die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Ihr Weg
62 zur Gestaltung des Landes ist der sozial-ökologische Umbau. Die Bundestagswahl vom 22.
63 September war der Auftakt für den Wahlzyklus 2013 und 2014. Am 25. Mai 2014 werden
64 gleichzeitig Kommunal- und Europaparlamentswahlen durchgeführt, im darauffolgenden Sep-
65 tember wird der sechste brandenburgische Landtag gewählt.

66
67 Das Wahlergebnis vom 22. 9. zeigt eine Konsolidierung auf hohem Niveau und entspricht mit
68 8,6 % in etwa dem Ergebnis von 2005 (8,7 %), als DIE LINKE ihren ersten Antritt zu einer Bun-
69 destagswahl hatte. Auch wenn wir unser selbst gestecktes Ziel von 25%+x nicht erreicht ha-
70 ben, trägt der Landesverband Brandenburg mit 311.322 Zweitstimmen zum guten Bundeser-
71 gebnis bei. Das ist nach vier Jahren Regierungsbeteiligung im Land eine solide Basis und eine
72 gute Ausgangsplattform für die vor uns liegenden Wahlkämpfe.

73
74 Im Wahlkampf konnten wir erfolgreich bestehen, weil der Versuch von SPD und Bündnis
75 90/Die Grünen, programmatisch nach links zu rücken, unglaublich erschien. Die SPD hat-
76 te 2013 zwar ein sozialdemokratischeres Programm als 2009, aber einen sozialpolitisch un-
77 glaublichen Kandidaten, der bekennender Mitverantwortlicher der Agenda 2010 Politik in
78 Deutschland ist.

79 Doch wir konnten aus mehreren Gründen nicht an das außerordentlich gute Ergebnis von
80 2009 anknüpfen. Selbstbeschäftigung und fruchtloser innerparteilicher Streit haben uns Ver-
81 trauen gekostet. Erst mit der neuen Parteiführung kehrte Ruhe in die Partei ein und die
82 Streitkultur veränderte sich. Seitdem haben wir an uns gearbeitet und das ist honoriert wor-
83 den. Dies trug zur Trendwende in den Umfrage bei. Noch vor einem Jahr hätte niemand erwar-
84 tet, dass wir nunmehr die drittstärkste Parlamentsfraktion stellen. Wir wollen auch in Bran-
85 denburg wieder stärker werden. Dafür haben wir am 22.September eine solide Grundlage
86 bekommen.

87 Wir in Brandenburg haben unser Bestmöglichstes für die Menschen in unserem Bundesland
88 getan. Wir haben uns nicht in innerparteiliche Schlachten geworfen und dort zerrieben – son-
89 dern wir haben uns auf unsere Aufgabe konzentriert, unsere Erfahrungen benannt, Zusam-
90 menarbeit, Verständnis und konstruktive Diskussion gesucht. Wir können aber auch zugleich
91 feststellen, dass Brandenburg selbst nie zum Schlachtfeld innerparteilicher Kämpfe wurde.
92 Wir können uns mit dem, was wir in den vergangenen Jahren in Brandenburg getan haben,

93 sehen lassen – vor den Bürgerinnen und Bürgern des Landes, vor unseren Wählerinnen und
94 Wählern, vor unser Partei insgesamt.
95 Der wohl wichtigste Grund, warum die Bundeskanzlerin im Herbst 2013 eine so hohe Zu-
96 stimmung bekommen hat, liegt in der Erzählung von CDU/CSU: „Deutschland geht es gut.
97 Die Kanzlerin hat uns gut durch die Krise gebracht.“ Aber wie sieht ihre Politik aus? Die Bun-
98 desregierung hat, unterstützt von SPD und Grünen, Bürgschaften in Milliardenhöhe zuge-
99 stimmt. Der größte Teil dieser verbürgten Gelder ging an Banken und Investoren, deren Spe-
100 kulationen wurden gerettet. Private Spekulationsverluste wurden in öffentliche Bürgschaften
101 und damit in staatliche Haftungen verwandelt. Gemeckert wurde zur Ablenkung – begleitet
102 durch eine starke Öffentlichkeitkampagne - über die „faulen Südeuropäer“. Dies ist der größte
103 Sozialraub seit dem zweiten Weltkrieg, eine Umverteilung von Unten nach Oben in ungeheu-
104 rem Maße und eine Wiederkehr nationalistischer Politik, die bereits überwunden schien.
105 Die praktische Politik der neuen Bundesregierung wird schnell zeigen, dass es ein Weiter so in
106 der Umverteilung von Unten nach Oben und beim Abbau sozialer Rechte gibt. Es wird mit
107 dem Verweis auf die Wettbewerbsfähigkeit auch künftig Druck auf Löhne und Beschäfti-
108 gungsverhältnisse geben. Wir rechnen mit weiteren Blockaden bei der Gestaltung der Ener-
109 giewende und die Regierung Merkel wird eine Aufweichung des Nachtflugverbots am BER
110 forcieren. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen werden für uns in Brandenburg nicht
111 besser.

112
113 Die Auseinandersetzung mit der Brandenburger CDU zur Gestaltung des Landes führen wir
114 konsequent. Wir werden den begonnenen Weg der Veränderung mit sozialem Augenmaß fort-
115 setzen und zeigen: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

116 117 **Brandenburg – vier Jahre Rot-Rot haben das Land voran gebracht**

118 Im Jahr 2009 gingen wir als LINKE erstmals in Brandenburg als stärkste Kraft aus den Bun-
119 destagswahlen hervor. Bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl erreichten wir Platz
120 zwei hinter der SPD und verwiesen die CDU auf den dritten Platz. Die Brandenburgische
121 LINKE hat sich nach 19 Jahren Opposition bewusst und nach transparenten und intensiven
122 Debatten entschieden, in die Regierung mit der SPD einzutreten. Dabei haben wir von den
123 Erfahrungen vorangegangener Regierungsbeteiligungen profitiert. Wir wussten, in Regierung
124 darf der soziale Markenkern der LINKEN nicht zur Disposition gestellt werden und wir haben
125 vor der Wahl nichts versprochen, von dem wir vorher schon wussten, es wäre – unter den
126 bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen - nicht umsetzbar. Und wir haben stets
127 versucht, Regierungshandeln gemeinsam mit der Partei zu entwickeln und Entscheidungspro-
128 zesse transparent zu machen.

129 Der Eintritt der LINKEN in die Brandenburger Landesregierung war getragen von dem Willen,
130 das Land Brandenburg solidarisch, gerecht und nachhaltig zu gestalten – die rot-rote Koalition
131 hat daran zielbewusst und erfolgreich gearbeitet. Dabei haben beide Partnerinnen auch einen
132 Prozess des einander Kennenlernens und aneinander Herantastens durchlaufen, bei dem sie
133 lernten, die jeweils andere und deren Besonderheiten ernst zu nehmen. Gerade in schwieri-
134 gen Fragen wie dem Umgang mit der Vergangenheit, den SPD-Ministerrücktritten, bei der
135 Dauerbaustelle BER, den Fragen zum Lärmschutz, bei der Hochschulfusion in der Lausitz,
136 beim Umgang mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, bei der Inklusion aber auch
137 beim kürzlich erfolgten Ministerpräsidentenwechsel hat die rot-rote Koalition Handlungsfä-
138 higkeit bewiesen. In dieser Zeit ist zwischen den Koalitionspartnern Vertrauen gewachsen.
139 Dabei verhehlen wir nicht, dass die bisherigen Ergebnisse in zum Teil harter Auseinanderset-
140 zung mit dem Koalitionspartner erstritten wurden.

141 Die Regierung aus LINKER und SPD macht deutlich, dass sie landespolitisch neue Wege geht.
142 Rot-Rot steht für soziale Verantwortung in der Landespolitik, für eine starke Daseinsvorsorge
143 in öffentlicher Hand und die Gestaltung des Strukturwandels mit sozialem und ökologischem
144 Augenmaß. Nicht Marktinteressen, sondern die Interessen der Menschen stehen im Mittel-
145 punkt.

146 Als LINKE Brandenburg sind wir als derzeit einziger Landesverband in Regierungsverantwor-
147 tung mit unserem Handeln Referenzprojekt für die LINKE als Gesamtpartei. Hier zeigen wir,
148 dass LINKE auch in Regierungsverantwortung die soziale Frage zum Mittelpunkt ihres Han-
149 delns machen. Hier zeigen wir, dass – bei allen bundespolitischen Zwängen – Landespolitik
150 eine linke Handschrift tragen kann und die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und de-
151 mokratischen Konzepte unserer Partei tragfähig und umsetzbar sind. Und hier zeigen wir,
152 dass die politische Kultur in einem Bundesland hin zu mehr Transparenz, Teilhabe und Beteili-
153 gung verändert werden kann. Wir haben gezeigt, dass LINKE in Regierungsverantwortung dem
154 Land gut tut. Hieran wollen wir in der nächsten Wahlperiode anknüpfen. Dabei kämpfen wir
155 für unsere Ziele und eine starke LINKE. Wir machen deutlich, was unser Weg ist und zeigen
156 auf, was ohne uns anders gemacht werden würde.

157

158 **Unser Brandenburg**

159 Brandenburg ist ein dynamisches und widersprüchliches Land, es hat sich verändert und wird
160 sich weiter verändern und wir wollen diesen Wandel mitgestalten. Die Entwicklung in den
161 verschiedenen Regionen verläuft dabei nach wie vor unterschiedlich. Es zeigt sich: In den
162 einzelnen Regionen braucht es jeweils spezifische, tragfähige und passgenaue, durch die ge-
163 sellschaftlichen Akteure gestaltete Strategien für die neu entstehenden Lebenswelten. Es
164 geht nicht um ein vereinheitlichtes Land sondern darum, dass Voraussetzungen dafür ge-
165 schaffen werden, dass bei aller Unterschiedlichkeit, Brandenburg überall und für alle lebens-
166 und lebenswert sein kann. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist, diese Entwicklungslin-
167 nien zu gestalten und durch Landespolitik den Rahmen dafür zu setzen.

168 Diese Koalition hat, wie mit dem Koalitionsvertrag versprochen, Gemeinsinn und Erneuerung
169 zusammen geführt und daraus eine produktive, sich gegenseitige bereichernde Mischung
170 gemacht, die das Land verändert.

171 Politisch haben wir auf dieser Grundlage weit reichende Weichenstellungen vorgenommen
172 und der Landesentwicklung starke Impulse mit nachhaltiger Wirkung für die Bürgerinnen und
173 Bürger gegeben.

174

175 *1. Soziales Land, gute Arbeit, gute Wirtschaft - sozialökologischer Strukturwandel*

176

177 Brandenburg hat sich unter Rot-Rot von der Idee des „Billiglohnlandes“ verabschiedet. *Wir*
178 *betreiben Politik unter dem Leitgedanken „Soziales Land, gute Arbeit, gute Wirtschaft“.* Wir ha-
179 ben die Wirtschaftsförderung des Landes grundsätzlich verändert. Nicht allein der kurzfristige
180 betriebswirtschaftliche Effekt steht im Zentrum - sondern auch das, was im Interesse von
181 Unternehmen, Belegschaft und deren Familien Stabilität und Entwicklungsfähigkeit ermög-
182 licht. Wirtschaftsförderung wird auch an Tarife und an die Qualifikation der Mitarbeiterinnen
183 und Mitarbeiter gebunden, sie zielt auf die Begrenzung und Rückführung der Leiharbeitsquote
184 zugunsten Guter Arbeit. Unser Aktionsplan zur Stärkung der industriellen Basis enthält auch
185 Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit und zur Einbindung von Kreativität und Engage-
186 ment der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen einen starken öffentlichen Sektor, da-
187 her haben wir Kommunen die wirtschaftliche Tätigkeit erleichtert.

188 Wir haben erreicht, dass der Stellenabbau im öffentlichen Dienst moderater vonstatten geht
189 als noch 2009 im Koalitionsvertrag auf Druck der SPD vereinbart. Wir haben Neueinstellungen
190 und Ausbildung wieder ermöglicht. Bei LehrerInnen und ErzieherInnen, bei der Polizei, der
191 Feuerwehr, im Justiz- und Finanzbereich.

192 Wir haben das Vergabegesetz eingeführt. Wir wollen, dass diejenigen, die im Auftrage des
193 Landes arbeiten, auch ordentlich dafür bezahlt werden. Im nächsten Schritt zum Jahreswechsel
194 sollen 8,50 € erreicht werden, dann möglichst zügig 10 Euro pro Stunde.

195 Wir geben dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Strukturwandel Perspektive und Richtung*
196 - so mit der Energiestrategie 2030, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt.
197 Wir schreiten auf dem *Weg zur sozial-ökologischen Erneuerung Brandenburgs voran*
198 - *gemeinsam, offen, demokratisch, mit den betroffenen Akteuren, mit der regionalen Wirtschaft,*
199 *den Kommunen.* Dieser Weg wird bundesweit nur in Brandenburg so beschritten!

200 Wir haben den Nachhaltigkeitsbeirat wiederbelebt und arbeiten an Nachhaltigkeitsstrategien,
201 die die Idee der Nachhaltigkeit ressortübergreifend und gesellschaftlich verankern und zur
202 Messlatte von Entscheidungen machen soll.

203 Der Abschied von der unterirdischen CO²-Speicherung und die Zusage, dass es im Land keine
204 CO²-Speicherung gibt, wurde mit außerparlamentarischer Unterstützung hart errungen.

205 Hochwasser- und Naturschutz haben einen hohen Stellenwert.

206 Wir haben dem Verbraucherschutz eine neue strategische Grundlage gegeben.

207

208 *2. LINKE Rechtsstaatspolitik*

209

210 Wir haben in Brandenburg eine zeitgemäße Rechtsstaatspolitik mit klaren linken Akzenten
211 etablieren können. Der Leitgedanke der Resozialisierung wurde durch uns gesetzlich neu im
212 Strafvollzug verankert und damit - über die Verbrechensbekämpfung hinaus - einen *elementa-*
213 *ren Schritt nach vorn zur Kriminalitätsverhütung* getan.

214 Wir haben die Sozialgerichte gestärkt - leider jedoch nicht die Wurzel allen Übels dort, die
215 schlechten Bundesgesetze, beseitigen können.

216 Wir haben die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgeschafft und da-
217 mit einen wichtigen Schritt getan, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, nicht weiter als
218 Menschen zweiter Klasse mit eingeschränkten Freiheitsrechten zu behandeln.

219 Und Brandenburg ist auf dem Weg zu einer Antirassismus-Klausel in seiner Landesverfassung.

220

221 *3. LINKE Gesundheitspolitik*

222

223 Wir haben den Krankenhäusern in unserem Land nicht nur Stabilität, mehr Entscheidungs-
224 spielraum und eine Perspektive gegeben. Wir haben zugleich dafür gesorgt, dass sie künftig
225 eine zentrale Rolle als Anker der ambulanten Versorgung gerade in den ländlichen Räumen
226 spielen können. Alle Standorte der Krankenhäuser werden erhalten.

227 LINKE Gesundheitspolitik steht für Gemeindeschwester AGNES - ein bundesweit nach wie vor
228 einmaliges Programm zur gesundheitlichen Betreuung im ländlichen Raum und zur Entlastung
229 der dortigen Ärzte.

230 Sie steht für ein vorbildliches Krebserkennungs- und Registernetz in Brandenburg.

231

232

233 *4. Bildungspolitik*

234

235 Eine *Schlüsselfrage im Bildungsbereich ist die nach ausreichend viel und gut qualifiziertem Per-*
236 *sonal.*

237 Wir haben gleich zu Beginn der Legislaturperiode den Personalschlüssel in den Kitas deutlich
238 verbessert. Wir haben Quereinsteigern den Zugang zum Erzieherberuf erleichtert, um Perso-
239 nalmangel in diesem Bereich vorzubeugen. Wir haben die Sprachförderung verbessert.

240 Im Schulbereich erhalten wir die Lehrer-Schüler-Relation von 1 zu 15,4 aufrecht. Und wir ha-
241 ben zudem die Zahl der Neueinstellungen von Lehrkräften deutlich erhöht - vorgenommen
242 hatten wir uns 1250, zum Ende der Legislaturperiode werden es mindestens 2000 sein.

243 Zum Schuljahr 2014/15 wird die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte von Grund- und Oberschu-
244 len reduziert. Damit lösen wir ein langjähriges Versprechen ein und setzen eine von den Lehr-
245 kräften immer wieder gestellte Forderung um. Hinzu kommen Erleichterungen für ältere Lehr-
246 kräfte.

247 Zudem werden wir die Vertretungsreserve stärken und noch einmal 400 Lehrerinnen und Leh-
248 rer einstellen.

249 Mit den bestehenden 84 Pilotschulen sind wir bereits einen wichtigen (ersten) Schritt in Rich-
250 tung Inklusion und in Richtung einer Schule für alle gegangen.

251

252 *5. LINKE Finanzpolitik*

253

254 Haushaltspolitisch konzentrieren wir uns darauf, Prioritäten zu setzen und zu finanzieren, die
255 im Ergebnis Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern. Bildung, Soziales, Wissen-
256 schaft stehen dabei im Vordergrund.

257 Wir haben im Laufe der Legislatur größere Spielräume bei der Personalbedarfsplanung im
258 Landesdienst erschlossen, als im Koalitionsvertrag auf der Druck der SPD festgeschrieben.
259 Wir konnten die Zielzahl für 2018 von 40.000 auf 43.000 Stellen erhöhen, dauerhaft 6.500
260 Nachbesetzungen sichern und Einstellungskorridore öffnen.

261 Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg in den zurückliegenden Jahren keine
262 fiskalische Erleichterung zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Investitions- und
263 Sachkostenzuweisungen wurde von uns stetig gesteigert, absolut wie prozentual. Wir haben
264 den Vorwegabzug von 50 Millionen Euro abgebaut, einen Demografiefaktor und einen Sozial-
265 lastenausgleich eingeführt sowie einen solidarischen Ausgleich zwischen reicheren und ärme-
266 ren Kommunen. Fast ein Drittel des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – im
267 Ländervergleich eine enorme Leistung.

268 Wir beenden die Neuverschuldung des Landes; bewusst angelegte Reserven haben es ermög-
269 licht, dennoch auch mit den zusätzlichen Belastungen durch das Flughafen-Projekt BER fertig
270 zu werden. Zugleich investieren wir bewusst in den Lärmschutz. Gemeinsam mit den Bürger-
271 initiativen ringen wir um mehr Nachtruhe am BER.

272

273 *6. Bundespolitik*

274

275 Rot-Rot in Brandenburg strahlt auch in die Bundespolitik aus. Im Bundesrat wurde mit Stim-
276 men der Rot-Roten Landesregierung folgendes beschlossen:

277 - die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro

- 278 - die Anhebung des Spitzensteuersatzes
- 279 - die Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung
- 280 - der Vorrang der Erdverkabelung beim Netzausbau
- 281 - die Stärkung der Innovationskraft der Photovoltaikindustrie
- 282 - besserer Arbeitsschutz bei psychischen Belastungen.
- 283 Wir haben einen „Solidarpakt III für gefährdete Regionen in Ost und West“ ab 2019 angeregt -
- 284 eine Idee, die zunehmend populärer wird.
- 285 Das schwere Versagen der Sicherheitsorgane bei der Aufklärung des rechtsextremen Terrors
- 286 in Deutschland hat erneut gezeigt, das Geheimdienste wie der Verfassungsschutz ungeeignet
- 287 sind die Verfassung zu schützen sondern eher dazu geeignet sind rechtsstaatliche Verfas-
- 288 sungsgrundsätze in Frage zu stellen. Daher wird DIE LINKE Vorschläge zum rechtsstaatlich
- 289 organisierten Schutz der Verfassung und der Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes unter-
- 290 breiten.
- 291 Nicht außer Acht lassen dürfen wir bundespolitische Einflüsse auf die Landespolitik. Durch
- 292 Änderungen in der Arbeitsmarktförderung ist es uns beispielsweise bislang nicht gelungen
- 293 einen wirksamen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu bilden. Die falsche Hartz-
- 294 Gesetzgebung hat zu einer enormen Überlastung vor allem der Sozialgerichtsbarkeit geführt,
- 295 die wir zwar abmildern aber nicht vollständig abbauen konnten.
- 296 Zudem mussten wir lernen, dass bei Eintritt in eine Regierung keine reset-Taste gedrückt
- 297 werden kann. Besonders schmerzlich für uns ist es, dass wir dadurch in Bezug auf die Altan-
- 298 schließer nur marginale Verbesserungen erreichen konnten. Auch als Regierungspartner
- 299 muss man mit guten Argumenten im Land für Akzeptanz werben und den Koalitionspartner
- 300 überzeugen.
- 301 Wir haben noch viel vor in Brandenburg und gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und
- 302 Brandenburgern. In unserem Leitbild „*Perspektiven für Brandenburg. Gerecht – Solidarisch –*
- 303 *Nachhaltig*“ haben wir skizziert, wie wir uns ein lebens- und lebenswertes Land vorstellen. Wir
- 304 wollen, dass die Menschen in allen Regionen des Landes gesund, gut und glücklich leben
- 305 können. Dafür braucht es landespolitische Weichenstellungen, aber auch die Möglichkeit, vor
- 306 Ort und in der Region die besten Lösungen zu suchen.
- 307 Wir wollen ein Brandenburg mit:
- 308 - Guter Arbeit, guten Löhnen, guter Wirtschaft
- 309 *Es geht um die Zurückdrängung prekärer Arbeit, einen gesetzlichen und flächendecken-*
- 310 *den Mindestlohn, Abbau von Leiharbeit, Verbesserung von Arbeitsbedingungen und die*
- 311 *Verringerung von Stress. Linke Wirtschaftspolitik bindet Wirtschaftsförderung an soziale*
- 312 *Kriterien und forciert Innovation und Strukturwandel mit sozialem und ökologischem*
- 313 *Augenmaß.*
- 314 - Mehr Lebensqualität
- 315 *Dabei geht es um eine gute gesundheitliche Versorgung im ganzen Land, um den Erhalt*
- 316 *von Krankenhausstandorten, die Sicherung ambulanter Versorgung und den Ausbau*
- 317 *mobiler Dienste.*
- 318 *Es geht um guten, bezahlbaren Wohnraum, die Sicherung von Mobilität und den Zugang*
- 319 *zu kulturellen Angeboten.*
- 320 *Und es geht um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung der Na-*
- 321 *tur.*
- 322 - Guter Bildung und Lebenschancen von Anfang an
- 323 *Es geht um die Sicherung von Schulstandorten, längeres gemeinsames Lernen in einer*

- 324 *Schule für alle Kinder mit guten die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte.*
 325 *Es geht um eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, eine vorsorgende Jugendarbeit,*
 326 *ausreichend Ausbildungsplätze und Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche.*
- 327 - Demokratischer Teilhabe und starkem Rechtsstaat in einem toleranten Land
 328 *Es geht um Informationszugang, Stärkung direkter Demokratie, Transparenz von Politik*
 329 *und Verwaltung, vernünftige, bürgerfreundliche Kommunalstrukturen und Daseinsvor-*
 330 *sorge in öffentlicher Hand.*
 331 *Es geht um eine bürgernahe Justiz, eine Verkürzung der Verfahrensdauer an den Gerich-*
 332 *ten und einen auf Resozialisierung orientierten Strafvollzug.*
 333 *Und es geht um eine Willkommenskultur und bestmögliche Lebensbedingungen für*
 334 *Flüchtlinge, das Zurückdrängen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Förde-*
 335 *rung von Toleranz und Weltoffenheit.*
- 336 - Zukunftsorientierter Energiepolitik
 337 *Es geht um Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preisstabilität für die Energiekun-*
 338 *den, den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2040 durch den*
 339 *Ausbau erneuerbarer Energien, Dezentralisierung der Stromerzeugung vor allem durch*
 340 *Bürgerbeteiligung, Netzausbau und Entwicklung von Speichertechnologien.*
 341 *Es geht um die Steigerung der Akzeptanz erneuerbarer Energien in der Bevölkerung und*
 342 *die Entwicklung von Perspektiven für die Lausitz.*

343 Für dieses Brandenburg kämpfen wir, im Land, in den Landkreisen, in den Städten und Ge-
 344 meinden. Unsere Stärke war und ist unsere Verankerung in den Städten und Dörfern. Wir
 345 wissen aus unzähligen Gesprächen und eigenem Erleben, was den Menschen auf den Nägeln
 346 brennt. Als LINKE wollen wir nicht über die Menschen entscheiden sondern mit ihnen ge-
 347 meinsam nach tragfähigen Lösungen suchen. Dabei wissen wir, dass nicht jede gesellschaftli-
 348 che Bewegung, nicht jede Initiative unsere Zustimmung finden kann. Ehrenamtliches Enga-
 349 gement und Teilhabe vor Ort verdienen es aber, ernst genommen zu werden. Miteinander vor
 350 Ort heißt für uns, gemeinsam mit den Akteuren Lösungen für die vorhandenen Probleme zu
 351 suchen und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu fördern.
 352 Wir verstehen Politik als Partner von Bürgerinteressen und Politik gleichzeitig als Sphäre von
 353 Abwägungen im Interesse Aller. Politik muss Prioritäten setzen und Vielfalt und auch Wider-
 354 sprüchlichkeit in klare Entscheidungen übersetzen. Dieser Ansatz geht über eine reduzierte
 355 Vorstellung von repräsentativer Demokratie hinaus – wir als LINKE wollen mit unseren Wer-
 356 ten, Abwägungsmaßstäben zentraler Partner für gesellschaftliche Akteure sein. In diesem
 357 Ansatz ist die Vorbereitung und Herbeiführung von Entscheidungen dann nicht ein für alle
 358 mal legitimiert, sondern das entscheidende Feld politischer Tätigkeit. Beteiligung, Mediation
 359 und Transparenz sind auf allen politischen Ebenen die Mittel, um Akzeptanz für politisches
 360 Handeln zu erzielen.

361

362 **DIE LINKE bei den Kommunal- und Europawahlen**

363 Am 25. Mai 2014 finden in Brandenburg zeitgleich Wahlen zum Europäischen Parlament und
 364 zu den Kommunalvertretungen statt. Die Brandenburger Ergebnisse der vergangenen Kom-
 365 munal- und Europawahlen, vor allem das von unseren Mandatsträgern in den vergangenen
 366 Jahren Geleistete bilden ein gutes Fundament für einen erfolgreichen Wahlmarathon 2014.
 367 Bei den Kommunalwahlen 2008 waren wir zweitstärkste Partei, landesweit hat DIE LINKE ca.
 368 1150 Mandate in Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen
 369 gewonnen. Hinzu kommen zahlreiche hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
 370 Dezernentinnen und Dezernenten sowie Amtsausschussvorsitzende. Seit dem 14. Oktober

371 stellen wir auch eine Landrätin. Wir haben unsere Kraft genutzt, um vor Ort für lebenswerte,
372 solidarische Kommunen für alle zu kämpfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Privatisie-
373 rungsbestrebungen bei der Daseinsvorsorge zurückgedrängt werden und die Politik vor Ort
374 stets alle in der Kommune lebenden Menschen im Blick hat.

375 In den Kommunen werden viele ErfahrungsträgerInnen erneut antreten, zudem werden sich
376 neue, jüngere und ältere Kandidatinnen und Kandidaten erstmals bewerben. Wir wollen da-
377 durch zu neuer Gestaltungskraft vor Ort gelangen. Wir wollen offene Listen und neue Ideen
378 und Gedanken, wir wollen souveräne Arbeit und Kontinuität und behutsame Erneuerung in
379 den Vertretungen. Sie alle werden ihre Erfahrungen und ihr Engagement für starke Kommu-
380 nen nutzen, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich in die Politik umfassend einbringen
381 können und öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleis-
382 tet wird. Angesichts leerer kommunaler Kassen werden sich die linken Mandatsträger der
383 nicht einfachen Aufgabe stellen und gemeinsam mit der Vereinen, Verbänden und anderen
384 Interessenvertretungen den besten Weg suchen, um die berechtigten Ansprüche ihrer Wähle-
385 rinnen und Wähler einzulösen. Unser besonderer Dank gilt allen linken MandatsträgerInnen
386 für die geleistete Arbeit, vor allem aber denen, die 2014 nach bis zu 23 Jahren ehrenamtli-
387 chen Engagements nicht wieder kandidieren. Vielen Dank dafür! Ohne euch wäre DIE LINKE in
388 Brandenburg nicht das, was sie ist!

389 Unser Ziel ist es, bei der Kommunalwahl den zweiten Platz zu verteidigen und ebenso viele
390 Mandate wie 2008 zu gewinnen. Im Ergebnis der Europawahl soll nicht nur eine starke Dele-
391 gation in einer linken Fraktion die Arbeit des Europäischen Parlaments von links mitgestalten
392 – das linke Brandenburg soll auch personell in Brüssel wieder präsent sein. Bei der Europa-
393 wahl 2009 wurde DIE LINKE in Brandenburg – wenn auch mit Verlusten – zum zweiten Mal
394 stärkste Partei. An dieses Ergebnis wollen wir anknüpfen. Dem Landesverband muss es gelin-
395 gen, Kommunal- und Europawahlkampf eng miteinander zu verbinden. Das ist einfacher als
396 sich das mancher vorstellen mag: Denn Brandenburgs Kommunen sind auf vielfältige Weise
397 mit „Europa“, mit dem, was in Brüssel und Straßburg entschieden wird, verknüpft. Wenn das
398 Licht eingeschaltet wird, kommt die EU aus der Steckdose, weil die Stromdurchleitungsrechte
399 europäisch geregelt sind. Beim Aufdrehen des Wasserhahns können die Bürgerinnen und
400 Bürger in jedem Mitgliedstaat sicher sein, dass Trinkwasserqualität gewährleistet ist. Um-
401 weltbewusstem Busfahren liegen die gleichen Sicherheitsbestimmungen zugrunde, gleichgül-
402 tig ob in Spanien oder in Deutschland. Selbst in den Kindergärten sind die Raumtemperatu-
403 ren, in denen sich die Jüngsten aufhalten, durch die EU geregelt. Die Vergabe öffentlicher
404 Aufträge wird wesentlich durch Richtlinien zur Gewährung der Wettbewerbs-, Dienstleistungs-
405 und Niederlassungsfreiheit beeinflusst. Abgeordnete und auch hauptamtliche Mandatsträger
406 unterliegen sehr oft in ihren Entscheidungen Rahmenbedingungen, die durch EU-Recht vorbe-
407 stimmt sind.

408 Vor diesem Hintergrund werben wir für eine starke linke Stimme im Europäischen Parlament,
409 eine starke Stimme insbesondere

- 410 - für die Berücksichtigung der Interessen der Regionen in der europäischen Politik.
411 Brandenburg hat von der EU profitiert und wird auch in Zukunft von der europäischen
412 Integration profitieren, nicht nur im Bereich der Strukturförderung durch die EU, sein,
- 413 - gegen weitere Privatisierungen und Liberalisierungen im Bereich der öffentlichen
414 Daseinsvorsorge: Wie bei der europäischen Bürgerinitiative gegen die weitere
415 Liberalisierung der Wasserversorgung gilt es auch in anderen Bereichen der
416 öffentlichen Daseinsvorsorge auf Aus- statt auf Abbau des Öffentlichen zu setzen,
- 417 - für europäische Rahmensetzungen für „Gute Arbeit“ auch in Brandenburg –
418 Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Konditionen für die Vergabe von Aufträgen durch

419 die öffentliche Hand müssen vor diesem Hintergrund auf EU-Ebene grundlegend
420 umgestaltet werden. DIE LINKE steht für ein Soziales Europa!

421

422 **Was ist zu tun?**

423 Die Ergebnisse, die wir bei den Kommunal- und Europawahlen erzielen, werden unsere Veran-
424 kerung vor Ort, die Stärke unserer inhaltlichen Konzepte und die Akzeptanz der LINKEN in
425 Brandenburg und ihrer politischen Arbeit spiegeln. Sie sind gleichzeitig die Ausgangsbasis für
426 die Wahlen zum Brandenburger Landtag im Herbst.

427 - Bis Ende Januar 2014 werden wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Land-
428 tagswahlen aufstellen. Gleichzeitig beginnen wir mit der Erarbeitung des Landtags-
429 wahlprogramms auf Basis unseres Leitbildes. Hierzu wollen wir im Februar eine Wahl-
430 programmwerkstatt durchführen, bei der wir die Grundzüge unseres Programms und
431 die bereits absehbaren Konflikte diskutieren und die Schlüsselprojekte für die kom-
432 mende Wahlperiode definieren. Der Wahlprogrammwurf wird im März 2014 vorge-
433 legt, bei den Frühjahrsregionalkonferenzen diskutiert und im Juni 2014 beschlossen.

434 - Im Februar 2014 wird die Bundespartei die Liste für die Europawahlen aufstellen. Als
435 Brandenburger Landesverband werden wir uns dafür einsetzen, dass die aussichtsrei-
436 chen Listenplätze politisch und regional ausgewogen besetzt werden. Wir wollen da-
437 mit gemeinsam mit vielen anderen Akteuren unserer Partei für eine arbeitsfähige und
438 politisch wirkungsvolle LINKE im Europaparlament wirken. Wir werden im November
439 2013 entscheiden, welche/n Kandidaten/in wird als Brandenburger Landesverband
440 besonders bei der Kandidatur unterstützen.

441 - Bis März 2014 wollen wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunal-
442 wahlen aufstellen. In allen Kreisverbänden wird schon jetzt mit Hochdruck an der Ge-
443 winnung von Menschen, die für DIE LINKE in die Kommunalparlamente einziehen wol-
444 len, gearbeitet. Hier sind weitere Anstrengungen notwendig. Die Landespartei bittet
445 das kommunalpolitische forum ein Schulungswochenende am 29. und 30. März 2014
446 für Kandidierende zur Kommunalwahl zu erarbeiten und durchzuführen. Die Kreisver-
447 bände wirken darauf hin, dass ihre KandidatInnen dieses Angebot nutzen.

448 Uns bleibt somit keine Zeit zum Ausruhen. Wir arbeiten auch in den kommenden Monaten
449 100% sozial für Brandenburg.

450 **C.2 Bericht an den 3. Landesparteitag über die Umsetzung des Be-** 451 **schlusses des 2. Landesparteitags zur Parteireform**

452

453 Auf der 2. Tagung des 2. Landesparteitags wurde der Beschluss „Die neue Partei mit Leben
454 füllen - DIE LINKE. Brandenburg 2020“ gefasst. <http://goo.gl/2ls0yV>

455 Der Beschlussfassung war eine intensive Vorbereitung vorausgegangen. Am 19.11.2010 führ-
456 te der Landesverband eine Aktivenkonferenz in Teltow durch. In mehreren Workshops wurden
457 die notwendigen Handlungsfelder herausgearbeitet. Mit über 80 TeilnehmerInnen, die aus
458 dem ganzen Landesverband kamen, war diese Aktivenkonferenz ein Spiegelbild des inneren
459 Zustands des Landesverbands zum damaligen Zeitpunkt.

460 Die Kommission Parteireform erarbeitete aus den Ergebnissen den Antragsentwurf für den
461 Landesparteitag. Dieser war Gegenstand heftiger Debatten beim Landesvorstand und seinen
462 Gästen und wurde schließlich dem Landesparteitag vorgelegt. Dieser beschloss die Ziele der
463 Parteireform und die anzugehenden Projekte, die grob beschrieben waren.

464 Nach der Beschlussfassung im März 2011 wurden am 04./05.06.2011 in einer weiteren Akti-
465 venkonferenz in Erkner und diesmal mit über 100 TeilnehmerInnen die konkreten Projekte in
466 Workshops mit weiteren Inhalten unterfüttert. Gleichzeitig wurde die Aktivenkonferenz ge-
467 nutzt, um über diese Arbeit weitere MitarbeiterInnen für die einzelnen Projektteams zu ge-
468 winnen.

469 Die Projektteams erarbeiteten in der Folge Projektpläne inklusive Finanzplänen bzw. vertief-
470 ten vorhandene Entwürfe. Diese wurden vom Landesvorstand am 24./25.06.2011 und für
471 später eintreffenden Pläne am 20.11.2011 bestätigt.

472 In der Folge arbeiteten die Projektteams an der Abarbeitung der selbst gestellten Aufgaben.
473 Im Februar 2012 wurde den Delegierten des Landesparteitages ein Zwischenbericht zur Par-
474 teireform in Form einer Broschüre vorgelegt.

475 Im Juni 2012 und im April 2013 nahm der Landesvorstand jeweils Informationsvorlagen zum
476 Arbeitsstand zur Kenntnis und organisierte das weitere Vorgehen. Auch der Landesausschuss
477 wurde regelmäßig über den Stand der Parteireform informiert.

478 Bereits im Juni 2012 musste festgestellt werden: „der Prozess der Parteireform ist ins Sto-
479 cken geraten. Nach der durch breites ehrenamtlich getragenes Engagement getragenen
480 Ideen- und Planungsphase sind wir in vielen Projekten nun in der Umsetzungsphase. Die Er-
481 fahrung zeigt, dass diese nur zum Teil durch Ehrenamtlichkeit gestemmt werden kann.
482 Gleichzeitig treten bei vielen Aktiven wieder andere Themen in den Vordergrund, die Wahl-
483 kämpfe stehen vor der Tür, weshalb wir nunmehr nur noch 6 bis 10 Monate Zeit haben, um
484 einen großen Teil der Projekte zur Parteireform auf den Weg zu bringen bzw. abzuschließen.“
485 Über eine Zeit von mehr als anderthalb Jahren war eine kontinuierliche, hauptsächlich ehren-
486 amtlich getragene Projektarbeit nicht zu stemmen. Bei künftig zu organisierenden ähnlichen
487 Prozessen ist von Anfang an darauf zu achten, die Umsetzungsphase der Projekte durch
488 Hauptamtlichkeit sicher zu stellen, während sich in der Ideen- und Planungsphase die prakti-
489 schen Erfahrungen der Ehrenamtlichen vor Ort als unbedingt notwendig erwiesen haben. Dies
490 ist eine wesentliche Lehre aus dem Parteireformprozess.

491 Auf einer Beratung am 08.06.2012 mit Aktiven aus den Projekten wurden Projekte und ins-
492 besondere der Einsatz von Hauptamtlichen auf wesentliche Infrastrukturprojekte des Landes-
493 verbands gebündelt. Die Ergebnisse der Beratung wurden von Landesvorstand und Lan-
494 desausschuss gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Projekte, die für die Wahlkampf-
495 fähigkeit des Landesverbands als wichtig erachtet wurden, hauptamtlich weiter zu führen, um
496 zumindest einen Teil der Projektziele zu erreichen.

497 Im Folgenden wird für die einzelnen Projekte die Umsetzung beschrieben:

498 **Beendete Projekte:**

499

500 **Bildungsangebote**

501 Ziele:

- 502 - Aufbau eines kontinuierlichen Bildungsangebots vor Ort
- 503 - Erarbeitung eines abrufbaren modularen Bildungsangebots für Einzelpersonen
- 504 - Erarbeitung von Anleitungen, Bausteinen und Materialien zur Durchführung dezentra-
- 505 - ler Veranstaltungen

506 Erreichtes:

- 507 - Handlungsvorschlag erarbeitet
- 508 - Bedarfsabfrage nach Angeboten von Bildungsarbeit in den Kreisverbänden
- 509 - Erarbeitung eines Handlungsvorschlags für e-Learning, Vorbereitung für Schulungen E-
- 510 - Learning
- 511 - Angebotskatalog sowie Angebote zur Grundlagenbildung liegen vor und sind den
- 512 - Kreisverbänden übergeben

513

514 Die Projektgruppe hat im Januar 2013 Ihre Arbeit mit der ins-Netz-Stellung des Bildungsange-
515 bot-Katalogs im Wesentlichen abgeschlossen. Der Bildungsangebote-Katalog wird in unre-
516 gelmäßigen Abständen mit neuen Angeboten weiterentwickelt.

517 In einem nächsten Schritt müsste die Nachfrage und Nutzung der einzelnen angebotenen
518 Bildungsveranstaltungen untersucht werden. Daraus können Schlussfolgerungen für die Wei-
519 terentwicklung und eine mögliche methodisch-didaktische Begleitung gezogen werden. Sollte
520 es zu einer Fortsetzung des Parteireformprozesses kommen, würde die Projektgruppe daran
521 weiterarbeiten.

522 `Offene Baustelle´ ist das Thema „e-learning“ geblieben. Über zwei erste Treffen zur eigenen
523 praktischen Anwendung und Fortbildung im Bereich „e-learning“ ist die Projektgruppe nicht
524 hinaus gekommen. Die technischen Voraussetzungen wären allerdings vorhanden, um das
525 Thema weiter zu entwickeln. Auch für diesen Bereich gilt: Sollte es zu einer Fortsetzung des
526 Parteireformprozesses kommen, würde die Projektgruppe daran weiterarbeiten.

527

528 **Emailverteiler und -gruppen**

529 Ziele:

- 530 - Anlage von diversen E-Mail-Verteilern und -Gruppen durch die LGST, die dort die Ar-
531 - beit erleichtern sollen
- 532 - Möglichkeit für Kreisverbände und innerparteiliche Zusammenschlüsse eigene Vertei-
533 - ller anlegen zu lassen und selbst zu pflegen

534 Erreichtes:

- 535 - Software ausgewählt und angeschafft, monatliche Kosten in Gesamthaushalt des Lan-
536 - desverbands überführt
- 537 - Verteiler für Arbeit der LGST erstellt
- 538 - Angebot zur Nutzung an Kreisverbände und innerparteiliche Zusammenschlüsse er-
539 - gangen, wird teilweise bereits genutzt
- 540 - Weiterarbeit in hauptamtliche Struktur der LGSt überführt

541

542 **Videokonferenzen testen**

543 Ziele:

- 544 - Test der kommunikativen Möglichkeiten, Vor- und Nachteilen von Videokonferenzen
- 545 - Herausfinden, welche technischen Mindeststandards erfüllt sein müssen, um erfolg-
546 - reich Videokonferenzen abhalten zu können

- 547 Bisher Erreichtes:
- 548 - Tests haben stattgefunden
 - 549 - Abschlussbericht liegt vor,
 - 550 - technische Voraussetzungen regelmäßig zu kompliziert, um schnell und einfach über-
 - 551 all verfügbar zu sein: vom schnellen Internetzugang bis zum hinreichend leistungsfähigen
 - 552 Rechner, allenfalls für Gruppenarbeit bis sechs Leute geeignet

553

554 **Rechentechnik Kreisgeschäftsstellen**

555 Ziele:

- 556 - Rechentechnik der Kreisgeschäftsstelle erfassen, Anforderungsprofil erarbeiten und
- 557 Beschaffung von Rechentechnik, um vorher definierten Mindeststandard in allen
- 558 Kreisgeschäftsstellen zu sichern

559 Erreichtes:

- 560 - Angaben der vorhandenen Technik eingeholt
- 561 - Mindeststandards sind definiert
- 562 - Beschaffung der notwendigen Technik koordiniert durch LGST ist erfolgt, Technik
- 563 wurde den Kreisverbänden übergeben

564

565 **Kommunikationsservice auf Landesebene**

566 Ziele:

- 567 - Verbesserung der internen Kommunikation von der Landesebene zu den Kreisverbänden
- 568
- 569 - Hilfestellung und Unterstützung für Kreisverbände bei der Öffentlichkeitsarbeit
- 570 - Entwicklung von Serviceleistungen, die den Kreisverbänden die Möglichkeit geben,
- 571 schnell die notwendigen Informationen der Landesebene zu erhalten und zu nutzen

572 Erreichtes:

- 573 - Konzeption und Aufbau des Newsletters, Koordinierung von Zuarbeiten, stetige Erar-
- 574 beitung und Versendung durch die LGSt
- 575 - Erarbeitung und Auslieferung von Eindruckflyern, die durch die Kreisverbände mit ei-
- 576 genen Informationen oder Informationen der Landesebene „bestückt“ werden können
- 577 - Erarbeitung und Auslieferung von Eindruckplakaten
- 578 - Facebook- und Twitter-Auftritt des Landesverbandes gestartet
- 579 - Bilanzzeitung der Landtagsfraktion begleitet
- 580 - Erarbeitung und Versendung per E-Mail von Kurz- und Schnellinformationen zu poli-
- 581 tisch brisanten Themen
- 582 - Landes-Einleger in das Mitgliedermagazin der Bundespartei konzipiert und mit Hilfe
- 583 der LGSt und den Roten Reportern erarbeitet, bisher sind zwei Ausgaben erschienen,
- 584 über die Form der Fortführung wird noch diskutiert
- 585 - Vor allem: Vernetzung der Akteure auf Landesebene vorangetrieben, bessere Koordi-
- 586 nation der Einzelaktivitäten, schnellere Informationsweitergabe
- 587 - Die Akteure der Projektgruppe haben eine verlässliche Arbeitsstruktur entwickelt.
- 588 Auch mit Beendigung des Projektes wird weiterhin kontinuierlich an der Verbesserung
- 589 der Kommunikation innerhalb des Landesverbandes gearbeitet.

590

591 **Beteiligung an bundespolitischen Kampagnen**

592 Ziele:

- 593 - Schaffung langfristiger und schnell zu mobilisierender Kampagnenstrukturen
- 594 - Verbesserung der Kampagnenfähigkeit

- 595 - Erarbeitung einer „Produktpalette“, die hilft vor Ort Aktionsformen für eigene Themen
596 zu entwickeln

597 Erreichtes:

- 598 - Schaffung einer Projektstruktur nicht erreicht, allerdings wurde im Rahmen der Wahl-
599 kampfvorbereitung analoge Struktur geschaffen
600 - Entstandene Ideen in Wahlkampfvorbereitung einbezogen
601 - wurde überführt in Wahlkampfstrukturen, da parallel zu Wahlkämpfen keine gesonder-
602 ten Kampagnen stattfinden
603

604 **Projekte, die noch in Arbeit sind:**

605

606 **Intranet**

607 Ziele:

- 608 - Schaffung einer Plattform zum Informationsaustausch, der Diskussion und der besse-
609 ren Koordinierung der Arbeit von Gremien und Gruppen
610 - Zugang zu Datenbank für kleine Zeitungen, Adressdatenbank usw.

611 Erreichtes:

- 612 - Ausschreibungskriterien und Ideen für Aufbau erarbeitet, Ausschreibung und Vergabe
613 erfolgt
614 - Programmierung weitgehend abgeschlossen, Integration Ausleihservice für Materia-
615 lien und Technik, Text- und Bilddatenbank für Kleine Zeitungen (noch in Arbeit), Ka-
616 lender- und Gruppenfunktionen integriert
617 - Testphase für zwei Kreisverbände (Potsdam, Uckermark) angelaufen
618 - Zugangsverwaltung in der Landesgeschäftsstelle läuft
619 - Landesvorstand, Kreiswahlkampfleiter und Landesausschussmitglieder haben einen
620 Zugang

621 In Arbeit:

- 622 - Ausweitung des Nutzerkreises
623 - Evaluation vor allem in der Testphase und bei landesweiter Einführung wird hauptamt-
624 lich begleitet
625 - hauptamtliche Begleitung der ausführenden Firma
626 - hauptamtliche Verwaltung der Zugangskennungen
627 - Anmeldung für Parteimitglieder unter <http://intranet.dielinke-brandenburg.de> mög-
628 lich, Mitgliedsnummer wird benötigt
629

630 **Adressdatenbank**

631 Ziele:

- 632 - Aufbau einer Datenbank, die es ermöglicht, nach sachlichen wie regionalen Gesichts-
633 punkten aufgeteilt, einen Zugriff auf die Anschriften und Kommunikationsdaten von
634 Vereinen, Verbänden, politischen Partnern, Interessengruppen, Betroffenen usw. er-
635 möglicht und diese zielgruppenspezifisch anzusprechen

636 Erreichtes:

- 637 - Projektteam hat Anforderungen formuliert und Lastenheft erarbeitet
638 - Ausschreibung und Vergabe erfolgt
639 - Programmierte Datenbank steht kurz vor Übergabe
640 - landesweite Grundausrüstung an Anschriften erfasst

641 In Arbeit:

- 642 - Befüllen der Datenbank mit der Grundausrüstung

- 643 - Information zum Start und Schulung für die Verantwortlichen in den Kreisverbänden
644 im Frühsommer
645 - Einpflegen von Adressen von lokalen Partnern
646

647 **Qualifizierung der Internetarbeit**

648 Ziele:

- 649 - Internetarbeit im gesamten Landesverband weiter qualifizieren und die Akteure der
650 politischen Kommunikation in ihren Aktivitäten im Web 2.0 unterstützten
651 - Produktion von Videoclips für die Websites aller Ebenen wird durch die Anschaffung
652 von Videotechnik in der Landesgeschäftsstelle anstoßen
653 - Schulungen für Ehrenamtliche anstoßen
654 - Livestream etablieren

655 Erreichtes:

- 656 - Kalenderfunktion für Kreisverbände installiert
657 - Facebookseite und Twitteraccount des Landesverbandes eingerichtet, wird regelmä-
658 ßig durch LGSt gepflegt
659 - Newsletter
660 - Livestreams landesweiter Veranstaltungen etabliert, noch Arbeiten an der Qualität
661 notwendig
662 - Schulungen und Support erfolgen laufend bei Bedarf durch Mitarbeiter der LGSt.
663 - Überführung des Projekts in die tägliche Arbeit durch hauptamtlichen Mitarbeiter der
664 LGSt mit folgenden Schwerpunkten erfolgt:
665 ○ Entwicklung von Web 2.0-Angeboten und interaktiver Elemente (Blog, Umfra-
666 gen ect.)
667 ○ Aktualität der Websites verbessern
668 ○ Stärkere Einbindung von Fotos
669 ○ Überarbeitung der Struktur der Landesseite

670 In Arbeit:

- 671 - Videocliperstellung und -einbindung
672

673 **Förderung kulturellen Lebens**

674 Ziele:

- 675 - Initiierung eigener Veranstaltungsreihen in den Kreisverbänden
676 - Anschaffung notwendiger Technik zum „Bespielen“ eigener Veranstaltungen, ggf. für
677 Regionen oder zentral in der LGST ausleihbar
678 - Erarbeitung von Checklisten zur Organisation von Veranstaltungen
679 - Aufbau eines Künstlerpools

680 Erreichtes:

- 681 - MitstreiterInnen wurden gewonnen, jedoch nicht über Ideenphase hinaus gekommen
682 - Projekt wurde hauptamtlich weiter geführt
683 - Anschaffung der notwendigen Technik ist erfolgt, steht zur Ausleihe in der LGSt bereit
684

684 In Arbeit:

- 685 - Schulung von Ehrenamtlichen in den KVs zum Bedienen der Technik
686 - Ausleihsystem auf Landesebene (ist im Intranet unter [http://intranet.dielinke-
687 brandenburg.de](http://intranet.dielinke-brandenburg.de), dort unter Service/Materialverleih, Feinschliff dort folgt noch)
688 - Checklisten für Organisation von Veranstaltungen verschiedener Art sind zu erarbei-
689 ten
690 - Aufbau eines Künstlerpools (Intranet)

691 Nicht mehr zu erreichen:

- 692 - Initiierung von Veranstaltungsreihen in Kreisverbänden

693

694 **Weiterentwicklung landespolitischer Projekte/Leitbild**

695 Ziele:

- 696 - Entwicklung und Umsetzung von Ideen, die geeignet sind, die Diskussion um das Leit-
697 bild des Landesverbands in die Basis und die Gesellschaft zu tragen

698 Erreichtes:

- 699 - Begleitung der Leitbildkonferenzen, Ausgestaltung, Stellwände, Broschüren usw.
700 - Film zur Leitbildkonferenz
701 - Neugestaltung und Pflege der Website www.brandenburg-2020.de

702 Abschluss der Arbeit im Wesentlichen mit dem Beschluss des Leitbilds auf der 3. Tagung des
703 3. Landesparteitags

704

705 **Kleine Zeitungen**

706 Ziele:

- 707 - Unterstützung der Kleinen Zeitungen durch Serviceleistungen auf Landesebene
708 - Standard der Kleinen Zeitungen verbessern durch Artikel- und Bildangebot, Software-
709 pakete, Layoutvorlagen und Schulungen
710 - Den Kreisverbänden EE, HVL und Prignitz beim Start einer eigenen kleinen Zeitung
711 helfen
712 - Zukunftsfähige Vertriebswege entwickeln

713 Erreichtes:

- 714 - Aufbau eigener Zeitungen in den Kreisen Elbe-Elster, HVL und Prignitz wurde erfolg-
715 reich begleitet. Eine Zusammenarbeit der Kreis Prignitz und OPR bei der Erstellung ei-
716 ner gemeinsamen Zeitung wurde verworfen. Die Zeitung des Kreises Prignitz „Unsere
717 Sicht“ wurde qualifiziert und erscheint regelmäßig. Zusätzlich wurde in Pritzwalk ein
718 Bürgerblatt der LINKEN in der Stadtfraktion erarbeitet und nunmehr unter dem Namen
719 „Pritzwalker Stadtzeitung“ in einer Auflage von 5.000 Exemplaren herausgegeben. Der
720 Aufbau einer eigenen Zeitung in OSL ist erfolgt. (Auflage 56.000 Exemplare). Ein Hilfe-
721 angebot des Kreises OSL an EE wurde ausgesprochen. Der Kreisverband Havelland
722 gibt inzwischen die Zeitung „Havelbrandung“ gemeinsam mit dem Kreisverband Bran-
723 denburg an der Havel heraus.
- 724 - Durch die Einstellung der Zeitung „Heimatspiegel“ im Kreis Dahme-Spreewald mit ei-
725 ner Auflage von 22.000 Exemplaren brach eine Informationsmöglichkeit im Kreis ein.
726 Hier wurde die Neuauflage der Zeitung „LINKS an Dahme und Spree“, die nunmehr
727 den „Heimatspiegel“ sowie die Zeitung „LINKS an der Dahme“ ersetzt, in der Entste-
728 hung unterstützt. „LINKS an Dahme und Spree“ erschien erstmalig im April 2013 mit
729 einer Auflage von 15.000 Exemplaren und hat diese nunmehr auf 20.000 gesteigert.
- 730 - Qualifizierung des optischen Erscheinungsbildes der kleinen Zeitungen wurde teilwei-
731 se erreicht
- 732 - Qualifizierung der ehrenamtlichen Redaktionen wird über Angebote der LIMA realisiert
- 733 - Das Pressefest der Kleinen Zeitungen fand in 2012 erstmals im Rahmen des Friedens-
734 festes in Strausberg statt. Nach diesem Erfolg startete die zweite Auflage im Jahr
735 2013 wiederum in Strausberg. Mit 12 anwesenden Redaktionen konnte der Erfah-
736 rungsaustausch fortgesetzt und mit dem Chefredakteur des „neuen deutschland“ eine
737 gemeinsame Austauschplattform vorbereitet werden.
- 738 - Auf der Aktivenkonferenz im Dezember in Frankfurt (Oder) fand ein gut besuchter
739 Workshop mit dem Thema „Kleine Zeitungen der LINKEN in Brandenburg und ihre Rol-
740 le in den Wahlkämpfen“ speziell zum Thema Urheberrecht statt.

- 741 - Im Oktober 2013 wird es eine Wochenendklausur der Roten Reporter zur weiteren Arbeit unter anderem mit dem Text- und Bildarchiv der Partei geben.
742
743 - In zwei Kreisen wurde eine Aktualisierung der Software in den Redaktionen vorgenommen. Weitere zwei Kreise haben Interesse angemeldet und warten auf diese.
744

745 In Arbeit:

- 746 - Besuch von Redaktionen durch Projektleiter
747 - Qualifizierung der Angebote der Landesebene an die Kleinen Zeitungen und Förderung des Austauschs von Texten zwischen den Kleinen Zeitungen, Erarbeitung eines Text- und Bildarchivs im Intranet für Redakteure Kleiner Zeitungen und Websiteredakteure
748
749
750 - In Zusammenarbeit mit der AG Geschichte werden an historischen Daten angelegte Artikel bereit gestellt.
751

752

753 **Zusammenarbeit mit dem Jugendverband fördern**

754 Ziele:

- 755 - den Kontakt zwischen Ortsgruppen des Jugendverbandes und Kreisverbänden zu fördern
756
757 - Mitglieder des Jugendverbandes in das größer angelegte Mentoringprogramm der Partei mit aufzunehmen
758
759 - die Landesverbände der Partei und des Jugendverbandes im Internet vorbildlich aufzustellen, vor allem im Vergleich zu anderen Parteien (insbesondere Piraten)
760

761 Erreichtes:

- 762 - Analyse der Hindernisse für Kommunikation und Zusammenarbeit fand statt
763 - erste Ideen wurden konkret ausgearbeitet
764 - jedoch wurde seitens des Jugendverbands signalisiert, dass sie das Projekt für nicht notwendig erachten
765
766 - ohne Mitarbeit des Jugendverbands ist ein sinnvoller Abschluss des Projekts nicht möglich
767
768 - Analyse und Ideen wurden in das Projekt „Ideenpool Nachwuchsförderung“ übernommen und dort weiter bearbeitet
769

770

771 **Ideenpool Nachwuchsförderung**

772 Ziele:

- 773 - Ideenpool erarbeiten, der den Kreisverbänden eine Handreichung ist hinsichtlich:
774 o aktive Funktionärinnen und Funktionäre und Kandidatinnen und Kandidaten für eine Funktion für ihre Tätigkeit zu qualifizieren und/oder weiterzubilden
775
776 o potenzielle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu finden und auf die bevorstehenden Aufgaben, entsprechend den Fähigkeiten und Interessen der Kandidatinnen und Kandidaten, durch ein individuell zugeschnittenes Praktikum vorzubereiten und zu qualifizieren
777
778
779

780 Erreichtes:

- 781 - Materialsammlung zum Thema Nachwuchsförderung erstellt
782 - Grundlagen-Papier erarbeitet
783 - Grundgerüst eines Ideenpools erstellt
784 - Aufgrund hoher Arbeitsbelastung des Projektleiters Daniel Förster seit Mitte Oktober 2012 keine Aktivität
785

786 In Arbeit:

- 787 - Ideenpool wird im Intranet organisiert, erste ca. 10-15 konkrete Ideen sind bereits fertig und werden dort direkt eingepflegt
788
789

790 **Linksaktiv**

791 Ziele:

- 792 - Schaffung eines landesweiten Teams Linksaktiv
- 793 - Erarbeitung von Seminarinhalten
- 794 - Schaffung einer landesweiten Seminarreihe
- 795 - Dokumentation der Seminarreihe
- 796 - Präsentation der Ergebnisse im Landesverband

797

798 Bisher Erreichtes:

- 799 - Gruppe wurde gewonnen, ist aber derzeit inaktiv und wird durch Seminarleiter alleine weiter organisiert
- 800
- 801 - Seminarreihe läuft zu den folgenden Themen:
 - 802 ○ Politik vor Ort heißt mit Leuten zu reden – Gelingend Kommunizieren und Gespräche führen
 - 803
 - 804 ○ Politisch wirken durch politische Veranstaltungen – Praxistraining beteiligungsorientierter Methoden
 - 805
 - 806 ○ Politik vor Ort heißt mit Gruppen zu arbeiten Moderation oder Leitung – Das Gemeinsame organisieren
 - 807
 - 808 ○ Ansprechen, beteiligen, gewinnen – Mit modernen Aktivitäten neue Mitstreiter gewinnen
 - 809
 - 810 ○ Öffentlich wirken durch moderne Medien Wann und wie: Audio, Video, soziale Netzwerke
 - 811
- 812 - Weitervermittlung der Inhalte auf dem MitmachWochenende des Kreisverbands
- 813 Oberhavel

814 In Arbeit:

- 815 - Dokumentation im Anschluss
- 816 - Präsentation im Anschluss

817

818 **Neue Formen der Mitgliederwerbung testen**

819 Ziele:

- 820 - neue Formen der Mitgliedergewinnung in zwei Kreisverbänden exemplarisch testen
- 821 und für den Landesverband aufarbeiten
- 822 - neue Methoden vor allem für Frauen finden

823 Bisher Erreichtes:

- 824 - Musterkreise arbeiten weiter an den Formen der Mitgliederwerbung auf der Grundlage der in der Projektgruppe diskutierten Vorschläge
- 825
- 826 - Projektideen werden in der Praxis erprobt
- 827 - Erarbeitung einer Dokumentation zur Nutzung als Leitfaden für Formen der Mitgliederwerbung ist in Arbeit.
- 828
- 829 - Praktischer Leitfaden der Formen der Mitgliederwerbung als praktischen Leitfaden auch zum ergänzen an die Kreise übergeben
- 830

831 Ständige Arbeit:

- 832 - Zusammenfassung neuer Vorschläge und Ergänzung der Dokumentation in der Landesgeschäftsstelle
- 833

834

835 **Mentoring**

836 Ziele:

- 837 - Erarbeitung kreislicher Mentoringprogramme in zwei Musterkreisverbänden unter Einbeziehung der Erfahrungen des KV Potsdam
- 838

839 - Nutzbarmachung der Erfahrungen damit für den gesamten Landesverband

840 Erreichtes:

841 - MitstreiterInnen waren gewonnen, Projekt arbeitet aber nicht mehr

842 - Bisher nur Erarbeitung der Projektkarte

843

844

845 **Ohne Ergebnis beendete Projekte:**

846

847 **Kommunikation in den Kreisverbänden**

848 Bereits im Juni 2012 wurde dieses Projekt durch den Beschluss von Landesausschuss und

849 Landesvorstand ergebnislos beendet.

850 Ziele:

851 - Kreisverbände werden unterstützt, ihre Kommunikationsbeziehungen zu überdenken
852 und den modernen Anforderungen anzupassen.

853 - Die Landesgeschäftsstelle soll mit ihrem Knowhow bei der Erarbeitung neuer
854 Konzepte und der Umsetzung helfen. Beispielhaft können aber Kreisverbände mit
855 bereits vorhandenen Kommunikationskonzepten Vorbild sein.

856 Erreichtes:

857 - Projektgruppe hat sich getroffen und Schritte vereinbart, zuerst sollte Analyse
858 erarbeitet werden, dies ist nicht erfolgt

859 Vorschlag zum weiteren Vorgehen:

860 - Projekt wurde ohne Ergebnis beendet

861 - Dieses Projekt sollte ein vor allem von Ehrenamtlichen aus den Kreisverbänden
862 getragen sein. Es ist nicht gelungen, hier genügend aktive MitstreiterInnen zu
863 gewinnen. Es war nicht möglich, die Zielerreichung hauptamtlich abzusichern.

864

865 **Finanzergebnis:**

866 Laut dem Beschluss der 2. Tagung des 2. Landesparteitags sollten für die Projekte bis zu
867 220.000 € bereitgestellt werden. Davon sollten 110.000 € aus den Rücklagen des Landes-
868 vorstands, 55.000 € aus dem Strukturfonds und 55.000 € aus den Rücklagen der Kreisver-
869 bände entnommen werden. Im Jahr 2011 grenzte der Landesschatzmeister die 110.000 € aus
870 den Rücklagen des Landesvorstands und die 55.000 € aus dem Strukturfonds in einem Fonds
871 Parteireform mit 165.000 € ab, der Bestandteil der jährlichen Finanzabrechnung wurde. Die
872 55.000 € aus Kreisverbänden wurden in der Folge nicht abgerufen, weil die Ausgabenent-
873 wicklung erkennen ließ, dass dieser Betrag zur Bestreitung der Aufgaben nicht zwingend not-
874 wendig sein würde. Es bleibt zu betonen, dass in allen Kreisverbänden Bereitschaft bestand,
875 sich mit einer adäquaten Summe an diesem Betrag zu beteiligen. Der Landesschatzmeister
876 hatte fast alle Kreisvorstände besucht und entsprechende Zusagen dem Grunde und auch
877 entsprechenden Höhen nach erhalten.

878 Einzelne Projekte veranschlagten in den, dem Landesvorstand vorgelegten Finanzplänen we-
879 niger, als ihnen nach dem Landesparteitagsbeschluss zur Verfügung gestanden hätte. Diese
880 Beträge wurden in der Folge als „unstrukturiert“ abgegrenzt und dienten als weitere Reserve.
881 Es handelt sich um Beträge aus den Projekten Adressdatenbank, Bildungsangebote,
882 Die Abrechnung ergibt sich für die einzelnen Projekte in der Übersicht wie folgt:

883

Projekte	Quelle Rücklagen LV	Quelle Rücklagen KV	Quelle Strukturfonds	Planansatz ursprünglich	Planänderung	Ist	vorr. Ist	Prozent
Summen	110.000,00 €	55.000,00 €	55.000,00 €	220.000,00 €	220.000,00 €	71.479,34 €	87.179,34 €	39,63%
Adressdatenbank	10.000,00 €		10.000,00 €	20.000,00 €	19.050,00 €	6.140,80 €	7.440,80 €	39,06%
Bildungsangebote	3.000,00 €			3.000,00 €	1.000,00 €	188,52 €	188,52 €	18,85%
Emailverteiler und -gruppen		1.000,00 €		1.000,00 €	1.000,00 €	129,90 €	129,90 €	12,99%
Ideenpool Nachwuchsförderung	1.000,00 €			1.000,00 €	1.000,00 €	114,56 €	114,56 €	11,46%
Qualifizierung der Internetarbeit	5.000,00 €			5.000,00 €	5.000,00 €	18,80 €	18,80 €	0,38%
Intranet	30.000,00 €	5.000,00 €		35.000,00 €	35.000,00 €	20.388,70 €	28.788,70 €	82,25%
Weiterentwicklung landespolitischer Projekte / Leitbildebate	5.000,00 €	5.000,00 €		10.000,00 €	10.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
linksaktiv	5.000,00 €	5.000,00 €		10.000,00 €	10.000,00 €	5.027,53 €	5.027,53 €	50,28%
Mentoring	5.000,00 €	5.000,00 €		10.000,00 €	7.000,00 €	591,24 €	591,24 €	8,45%
Neue Formen der Mitgliederwerbung testen	20.000,00 €	10.000,00 €		30.000,00 €	30.000,00 €	8.070,43 €	8.070,43 €	26,90%
Rechentechnik in Kreisgeschäftsstellen			10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €	9.873,13 €	9.873,13 €	98,73%
Videokonferenzen testen	3.000,00 €			3.000,00 €	3.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Zusammenarbeit mit dem Jugendverband	2.500,00 €	2.500,00 €		5.000,00 €	5.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Kleine Zeitungen			10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €	811,70 €	2.811,70 €	28,12%
Förderung kulturellen Lebens		10.000,00 €	25.000,00 €	35.000,00 €	35.000,00 €	12.468,19 €	16.468,19 €	47,05%
Kommunikationsservice auf Landesebene	5.000,00 €			5.000,00 €	5.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00%
Kommunikation in den Kreisverbänden	7.000,00 €	3.000,00 €		10.000,00 €	10.000,00 €	357,00 €	357,00 €	3,57%
Beteiligung an bundespolitischen Kampagnen	5.000,00 €	5.000,00 €		10.000,00 €	10.000,00 €	134,10 €	134,10 €	1,34%
Aktivenkonferenz 04./05.06.2012 Erkner/Reserve	3.500,00 €	3.500,00 €		7.000,00 €	7.000,00 €	6.527,20 €	6.527,20 €	93,25%
unstrukturiert				0,00 €	5.950,00 €	637,54 €	637,54 €	10,71%

884

885 Die Gesamtausgaben, die im voraussichtlichen Ist noch fest geplante bzw. beauftragte, aber
886 noch nicht realisierte Ausgaben enthalten, betragen 87.179,34 €. Die Ausgaben für die ein-
887 zelnigen Projekte sind sehr unterschiedlich abgeflossen. Die stärker technisch geprägten Pro-
888 jekte haben die deutlich höheren Auslastungsgrade erreicht. Sie sind aber auch die, die durch
889 die Landesgeschäftsstelle noch geleistet wurden, nachdem im Jahr 2012 eine Verringerung
890 der ehrenamtlichen Mitwirkung konstatiert werden musste.

891 Externer Sachverstand wurde, obwohl die Planansätze dies zugelassen hätten, nicht in allen
892 Projekten „eingekauft“. Das führt an vielen Stellen zum deutlichen Unterschreiten der Planan-
893 sätze, weil in einigen Projekten fast nur Fahrtkosten und Versorgungskosten für Treffen ange-
894 fallen sind. Alle weiteren Aufwendungen sind über die Sowiesokosten des Geschäftsbetriebs der
895 Landesgeschäftsstelle abgedeckt gewesen (Räume, Mailadressen, Mailverteiler, Webpace,
896 Druck einfacher Materialien).

897 Das wohlmeinende Geldsparen führte aber dazu, dass wir die vorhandenen finanziellen Hebel
898 nicht konsequent eingesetzt haben, um unsere begrenzten, eigenen Kräfte zu vervielfältigen.
899 Für die Zukunft sollten wir bedenken, dass es die entsprechenden Hemmungen gibt, Geld für
900 externen Sachverstand einzusetzen.

901 Die Finanzarbeit war in der Abwicklung jederzeit mit dem Landesschatzmeister abgestimmt,
902 so dass auch das Controlling jederzeit sichergestellt war.

903 **C.3 Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Landesparteitages**

904

905 **A1 Wir verändern sozial gerecht, solidarisch, nachhaltig**

906

907 Stand der Umsetzung:

908 *Der Beschluss war und ist inhaltliche Richtschnur für das Handeln der Landespartei.*

909 *Etliche Maßnahmen, die im Leitantrag angesprochen wurden, sind in Arbeit bzw. in der Arbeit*
910 *berücksichtigt.*

911

912 1. Der politische Zusammenhalt der Partei ist hingegen noch nicht dauerhaft gesichert. Die
913 Neugründungsphase ist weitgehend abgeschlossen, aber die kulturellen und politischen Un-
914 terschiede der Quellparteien sind noch sichtbar und wirksam. Das spiegelt sich insbesondere
915 in den anhaltenden personellen und inhaltlichen Diskursen wider.

916 *- der Landesverband hielt sich aus einer öffentlichen Personaldebatte zurück, Mitglieder entwi-*
917 *ckelten gemeinsam mit Anderen Ideen für kollektive Führung der Partei bzw. unterstützten viele*
918 *produktive Prozesse vor Göttingen*

919 *- nach dem Göttinger Parteitag ist Parteivorstand handlungsfähig und -bereit, 3 Brandenburger*
920 *KandidatInnen wurden gewählt, der LV stimmt sich regelmäßig mit diesen ab*

921 *- Partei hat sich auf Grundlage des Programms geeint und gefestigt*

922 *- WählerInnen nehmen eine stabilisierte Partei wieder stärker als ihre Interessenvertretung*

923

924 2. LINKE in Regierungsverantwortung, Bundesratsinitiativen

925 *- in der Koalition bestätigt DIE LINKE vielfältig ihre Rolle als Anwältin der Benachteiligten: Bei*
926 *der Umsetzung von Veränderungen im SPNV wurde die Schließung von Strecken verhindert.*
927 *Themen wie Fluglärm, Schallschutz u. Kommunikation mit Betroffenen wurden immer wieder*
928 *offensiv bearbeitet, weitgehende Verbesserungen initiiert, die dann vom Aufsichtsrat der FBB*
929 *beschlossen wurden.*

930 *- Eine Einführung eines generellen Pensionseintrittsalters im öffentlichen Dienst von 67 wird*
931 *nicht erfolgen. Missstände bei der Initiierung oder Umsetzung von Regierungsvorhaben werden*
932 *aufgegriffen und einer Lösung zugeführt.*

933 *- im Bundesrat nehmen unsere Landesvertreter oft Sonderrollen ein, da wir zur Umsetzung neo-*
934 *liberaler Positionen nicht zur Verfügung stehen. Initiativen wurden vielfältig gestartet bzw. z.T.*
935 *breite Bündnisse zur Verbesserung der Lebenslagen im Land unterstützt.*

936 *- in der Enquetekommission des Landtages arbeiten unsere Vertreter aktiv für eine Stärkung*
937 *kommunaler Selbstverwaltung bei bevorstehenden Verwaltungsreformen*

938 *- die Kommunikation nach außen wurde weiter verbessert; so wurden die Kontakte zu Bündnis-*
939 *partnern wie Gewerkschaften verbessert und die öff. Darstellung des Regierungshandelns zu*
940 *unseren zentralen Themen in den Mittelpunkt gestellt.*

941 *- die gemäß Brandenburger Vergabegesetz gebildete Mindestlohnkommission hat vorgeschla-*
942 *gen das Arbeitnehmerbruttoentgelt von 8,00 € auf 8,50 € zu erhöhen. Wir werden uns dafür*
943 *einsetzen, dass eine erneute Anhebung nicht erst nach 2 Jahren sondern im Zusammenhang*
944 *mit der Evaluierung des Gesetzes im Herbst 2014 erfolg.*

945 *- die Zukunftsfähigkeit unseres Handelns wird durch einen neuen Leitbildentwurf unterstützt.*

946

947

948 3. - Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Akteuren verbessern -> Gewerkschaften -

949 *Nach dem wir unsere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kritisch überprüft haben, ist die*

950 *Landtagsfraktion in enger Abstimmung mit dem GLV in einen kontinuierlichen Dialog eingetre-*
951 *ten.*
952 *Nach dem Auftaktgespräch des Vorstandes der Fraktion am 27.08.12 fanden weitere Gesprä-*
953 *che am 17.12.12 mit Bernd Rixinger in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen und am*
954 *28.05.13 zum Leitbild statt. Ein weiteres Gespräch ist für den 04.11.13 zu Eckpunkten des*
955 *Wahlprogramms in Vorbereitung.*
956
957 *Vereinbart wurde auch, gemeinsam Gespräche mit dem Koalitionspartner in den gemeinsamen*
958 *Sitzungen der AK´s zu führen. Für den Bereich Innere Sicherheit fand ein solches Gespräch im*
959 *April 2013 zu den Themen Polizeireform/Personalabbau und Verlängerung der Lebensarbeits-*
960 *zeit mit den 3 Polizeigewerkschaften statt.*
961 *Die Gewerkschaften verwiesen darauf, dass zwar die generelle Verlängerung der Lebensar-*
962 *beitszeit für Polizisten bis 67 vom Tisch sei, aber die jetzt vom Innenminister vorgelegte ge-*
963 *stafelte Regelung nach Laufbahngruppen von 62/64 und 65 Jahren und die Kürzungsreglun-*
964 *gen für den Wach- und Wechseldienst höchst ungerecht, teuer und mit enormen Verwal-*
965 *tungsaufwand verbunden sei. Sie plädierten für eine einheitliche Anhebung auf 62 Jahre für*
966 *alle Laufbahngruppen ohne Kürzungsregelungen für bestimmte Wechselschichtzeiten (24 h-*
967 *Dienst).*
968 *In der Koalition wurde dieser Kompromiss auf massives Drängen der LINKEN und nach zähen*
969 *Verhandlungen durchgesetzt. Damit konnte verhindert werden, dass Brandenburg Vorreiter bei*
970 *der Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben nach Renteneintrittsalter 67 wird. Im Kontext*
971 *zu den zwischenzeitlich erreichten Ergebnissen in Bezug auf die teilweise Tarifübernahme der*
972 *Angestellten des öffentlichen Dienstes auf die Beamtenschaft, der Einstieg in altersgerechtes*
973 *Arbeiten, die Kürzung der Pflichtstundenzahlen für Grund- und Oberschullehrer, die Erhöhung*
974 *der Vertretungsreserve an den Schulen, die Einstellung von fast doppelt so vielen Lehrern als im*
975 *Koalitionsvertrag vereinbart, die Fortsetzung der Gespräche zum TV-Umbau ist durch den Ein-*
976 *satz der LINKEN eine deutliche Verbesserung der Wertschätzung der öffentlich Bediensteten zu*
977 *verzeichnen.*
978 *Am 21.06.13 konnte die Ergebnisniederschrift über ein Gespräch zu aktuellen Fragen des öf-*
979 *fentlichen Arbeits- und Dienstrechts im Land Brandenburg durch die Landesregierung und die*
980 *Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unterzeichnet werden.*
981
982 *Die Gespräche, die wir fortsetzen werden, haben das Klima der Zusammenarbeit verbessert..*
983
984 *Ebenso wie unsere Betriebs- und Personalrätekonferenz am 01.06.13. Mit ca. 40 Teilnehmern*
985 *diskutierten wir über den DGB-Index „Gute Arbeit“ und über einen Gesetzentwurf zur Unter-*
986 *nehmensverfassung sowie der Mitbestimmung und Verantwortung der Betriebs- und Personal-*
987 *räte in Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten (Gesetz zur Unternehmensverfassung und Mitbe-*
988 *stimmung).*
989 *Den Hinweis von Dieter Scholz, dass in Thüringen und Sachsen der „Index Gute Arbeit“ zur Ana-*
990 *lyse der Situation in ihren Ländern genutzt wird, werden wir aufnehmen.*
991
992 **4. Eine starke brandenburgische LINKE in Parlamenten und Kommunalvertretungen**
993 *- Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten für alle anstehenden Wahlen -> in den Kreis-*
994 *verbänden läuft die Gewinnung von KandidatInnen für die Kommunalwahlen, auf Landesebene*
995 *wurde eine Personalkommission für die personelle Vorbereitung der Landtagswahlen berufen,*
996 *in den Kreisverbänden laufen die Vorbereitungen der Wahl der DirektkandidatInnen für die*
997 *Landtagswahlen, Gespräche für einen Brandenburger Kandidaten bzw. eine Kandidatin für das*

- 998 *Europäische Parlament wurden bereits geführt, Entscheidung über Unterstützung einer Kan-*
 999 *didatur erfolgt im November*
- 1000 - *Aufbau Wahlkampfstrukturen in den Kreisverbänden -> In allen Kreisverbänden gibt es ar-*
 1001 *beitsfähige Strukturen*
- 1002 - *bisherige Wahlkampfstrukturen überprüfen und ggf. an die vorhandenen Kräfte anpassen ->*
 1003 *In Auswertung der Bundestagswahl werden wir die Wirksamkeit der Strukturen analysieren und*
 1004 *erforderliche Schlussfolgerungen ziehen und entsprechende Maßnahmen einleiten.*
- 1005 - *auf Landesebene im Jahr 2012 Wahlkampfleiter bestimmen, Wahlkampfbüro einrichten,*
 1006 *Rahmenzeitplan erstellen -> Mit der Berufung des Landeswahlbüros, der Ernennung von Mat-*
 1007 *thias Loehr zum Wahlleiter und der Erstellung von Zeit- Finanz- und Öffentlichkeitsplänen*
 1008 *wurde dieser Punkt erledigt.*
- 1009 - *notwendige finanzielle Mittel werden langfristig bereit gestellt -> Der Grobfinanzplan wurde*
 1010 *bereits im Juni 2011 erarbeitet, derzeit Detailplanung für Kommunal-, Europa- und Landtags-*
 1011 *wahlen, vorläufige Abrechnung Bundestagswahlkampf bis 30.11.2013 (endgültig mit Jahres-*
 1012 *abschluss 2013)- Zusammenarbeit LTF mit Landesgruppe der Bundestagsfraktion stärken ->*
 1013 *Die Koordination ist verbessert worden, ein Vertreter der Landesgruppe nimmt an den freitäg-*
 1014 *lichen Koordinierungsrunden der Stellvertretenden Regierungssprecherin teil, die „Berliner*
 1015 *Runde“ tagt - verstärkt durch Vertreter/innen des GLV regelmäßig*
 1016
- 1017 5. *Eine starke brandenburgische LINKE mit starken Kreisverbänden und modernen und dia-*
 1018 *logorientierten Strukturen*
- 1019 - *Verbesserung und Ausbau der Servicefunktion der Landesgeschäftsstelle, Kreisverbände*
 1020 *stärken und aktionsfähiger machen -> Dies ist eine ständige Aufgabe. Die Umstrukturierung-*
 1021 *auch personell - der Landesgeschäftsstelle ist abgeschlossen. Die Mitarbeiter/innen arbeiten*
 1022 *intensiv an der Umsetzung der Parteireformprojekte. Das Intranet steht. weitgehend abge-*
 1023 *schlossen: Kulturelles Leben mit Anschaffung von Bühnen und Technik, Intranet mit Aufbau*
 1024 *eines Ausleihservice für Materialien, Bilder- und Textpool für kleine Zeitungen, gleichzeitig be-*
 1025 *reits bessere Information durch Newsletter, Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit der Kreisver-*
 1026 *bände durch Eindruckflyer und -plakate usw., die Gründung der LAG linke Frauen wurde un-*
 1027 *terstützt, Mitmachmaterialien und ein Material für Neumitglieder sind in Arbeit*
- 1028 - *Koordination der verschiedenen Akteure (kf, RLS, Kreisverbände, Jugendverband, LAGs*
 1029 *usw.) verbessern -> In der Wahlperiode des amtierenden Landesvorstandes wurden die Bera-*
 1030 *tungen mit dem kf, der RLS, mit solid und den LAGs in die Arbeit integriert. Es finden regel-*
 1031 *mäßige Abstimmungen statt. Die Beratungen mit den Kreisvorsitzenden und den Kreistags-*
 1032 *fraktionsvorsitzenden wurden fortgesetzt. Die Arbeit mit Schnellinformationen zu problemati-*
 1033 *schen Themen hat sich bewährt, der wöchentliche newsletter hat aktuell 311 direkte Email-*
 1034 *abonnenten und wird in den Kreisverbänden noch weiter verteilt. Die Beteiligung am bundes-*
 1035 *weiten Mitgliedermagazin mit separaten Brandenburg-Einlegern und die Beilage in der Bun-*
 1036 *destagswahlzeitung trug ebenso zur Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation bei*
 1037 *wie die aktive Zusammenarbeit mit den Redakteuren der Kleinen Zeitungen. Der erstmals*
 1038 *beim Dezemberparteitag 2012 in Frankfurt (Oder) herausgegebene Jahreskalender trug zur*
 1039 *Verbesserung der Terminkoordination bei und wird auch für das nächste Jahr vorbereitet.*
 1040 *Mitmachmaterialien für die LAGs wurden erarbeitet bzw. sind in Arbeit, ebenso inhaltliche*
 1041 *Materialien, „Begrüßungspaket“ für Neumitglieder in Vorbereitung gemeinsam mit den LAGs,*
 1042 *kf und RLS und Jugendverband, Eindruckflyer und -plakate stehen bereit*
- 1043 - *Information und Kommunikation an die Basis verbessern -> ständig in Arbeit, Newsletter,*
 1044 *Artikelservice für die Kleine Zeitungen, Website und Facebookseite, Gespräche der LTF mit*
 1045 *den Kreistagsfraktionsvorsitzenden, Telefonkonferenzen mit Kreisvorsitzenden bei wichtigen*
 1046 *aktuellen Entwicklungen, Treffen mit Kreisvorsitzenden, KreisgeschäftsführerInnen, Kreis-*

- 1047 *schatzmeistern und LAG-Vorsitzenden, Workshop mit „Kleinen Zeitungen“ hat 2012 und 2013*
 1048 *stattgefunden*
- 1049 - Parteireform zu Aufgabe des gesamten Landesverbandes machen und Ergebnisse in den
 1050 Kreisverbänden nutzbar machen -> *(siehe extra Bericht)*
 - 1051 - Regelungen zu Kinderbetreuungskosten bei Sitzungen und Tagungen der Partei in allen
 1052 Kreisverbänden ist anzustreben, Sitzungs- bzw. Tagungszeiten von Gremien mit den Mitglie-
 1053 dtern abzustimmen, die Kinder erziehen, und regelmäßig bei Bedarf Kinderbetreuungsange-
 1054 bote zu organisieren -> *auf Landesebene ständige Aufgabe*
 - 1055 - Menschen mit Behinderung ist die Teilhabe am politischen Leben der Partei zu sichern, hier
 1056 sind auf allen Ebenen individuelle Lösungen zu finden und konsequent umzusetzen -> *Lö-*
 1057 *sungen werden vor allem gemeinsam mit der LAG Behindertenpolitik gesucht, Maßnahmen*
 1058 *ergriffen*
 - 1059 - Aktivenkonferenzen, Regionalkonferenzen, vielfältige Gesprächsrunden, weitere zu entwi-
 1060 ckelnde Veranstaltungsformen, aber auch Formen der modernen Kommunikation zur Stär-
 1061 kung des innerparteilichen Diskurses -> *wird regelmäßig bei Planungen mit bedacht, Regio-*
 1062 *nalkonferenzen finden zweimal jährlich statt und werden nach Teilnehmerwünschen konzep-*
 1063 *tionell weiter entwickelt, Aktivenkonferenz hat im Dezember 2012 zur Wahlkampf vorberei-*
 1064 *tung, moderne Kommunikation: Facebookseite unterliegt ständiger Weiterentwicklung statt-*
 1065 *gefunden, Newsletter, E-Mail-Verteiler, Telefonkonferenz-Raum auch für LAGs und Kreisver-*
 1066 *bände nutzbar nach Anmeldung.*
 - 1067 - LTF und LV treten stärker in den Dialog mit FachpolitikerInnen aus den Kreisverbänden ->
 1068 *tw. umgesetzt, z. B. durch regelmäßige energiepolitische Gespräche , sozialpolitische Gesprä-*
 1069 *che in Vorbereitung, Kinderkonferenz*

1070
 1071
 1072 **A2 Für eine zukunftsfähige Energiepolitik und A8 Energiewende in Brandenburg ges-**
 1073 **talten – versorgungssicher, ökologisch, nachhaltig, sozial gerecht**

1074
 1075 A2

1076 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung
 1077 des Wahlprogramms und aktuellen energiepolitische Entscheidungen.

1078
 1079 Stand der Umsetzung

- 1080
 1081 - *ist regelmäßiger Bestandteil energiepolitischer Gespräche*
 1082 - *ist Bestandteil der Leitbildes*
 1083 - *Gespräch mit LAG Umwelt und Ralf Christoffers und Thomas Domres hat stattgefunden,*
 1084 *weitere Treffen vereinbart*

1085
 1086 A8

1087 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen.

1088
 1089 Untersetzung:

1090 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung
 1091 des Wahlprogramms und aktuellen energiepolitische Entscheidungen.

1092 Es wird vorgeschlagen, durch konkrete Klimaschutzprojekte, die in Brandenburg umgesetzt
 1093 werden sich schrittweise den Zielstellungen der Partei zu nähern. Eine Umsetzung des Be-
 1094 schlusses A2 bis 2014 wird als unrealistisch angesehen. Vielmehr geht es darum, die Rah-
 1095 menbedingungen so zu verändern, dass kein neues Braunkohlekraftwerk und somit auch kei-

1096 ne neuen Tagebaue in Brandenburg gebraucht werden. Dazu gehört: Senkung des Energie-
1097 verbrauches, Ausbau der Erneuerbaren Energien und deren Speicherfähigkeit, Ausbau der
1098 Netze, dezentrale Versorgung und die Bezahlbarkeit von Energie.
1099

1100 Stand der Umsetzung

- 1101 - *Das Thema A2 und A8 berührt die gesamte Arbeit der Landespartei. Wir sehen unsere*
- 1102 *Verantwortung darin, die Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen,*
- 1103 *dazu gibt es zahlreiche Initiativen auf Bundesebene aber auch im Land:*
- 1104 - *ist regelmäßiger Bestandteil energiepolitischer Gespräche*
- 1105 - *eine gemeinsame Beratung mit den Berliner Genossen hat stattgefunden, auf der Anre-*
- 1106 *gungen für das Leitbild erarbeitet wurden*
- 1107 - *wurde in die Leitbilddebatte einbezogen*
- 1108 - *Ralf Christoffers führt regelmäßig Energietouren durch und berät mit den zahlreichen*
- 1109 *Bürgerinitiativen*
- 1110 - *Ralf Christoffers hat eine Akzeptanzstrategie für Erneuerbare Energien entwickelt, die*
- 1111 *umgesetzt wird*
- 1112 - *die Energiestrategie 2030 des Landes BB, die die rot-rote Koalition auf den Weg ge-*
- 1113 *bracht hat, führt energie- und klimapolitische Zielstellungen zusammen*
- 1114 - *die Fraktionsvorstände der LINKEN Landtagsfraktionen aus Brandenburg und Sachsen*
- 1115 *haben sich zu einer engen Zusammenarbeit auch in Bezug auf länderübergreifende*
- 1116 *Maßnahmen verständigt*
- 1117 - *Gespräch mit LAG Umwelt und Ralf Christoffers und Thomas Domres hat stattgefunde,*
- 1118 *weitere Treffen vereinbart*
- 1119 - *ein Dialog zur Energieregion Berlin-Brandenburg wurde durch ein Energiepolitisches Ge-*
- 1120 *spräch begonnen und wir fortgesetzt unter Einbeziehung von Unternehmen, Netzbetrei-*
- 1121 *bern, Bürgerinitiativen und weiteren Akteuren*
- 1122 - *Kreisverband Lausitz hat energiepolitischen Kreisparteitag durchgeführt*
- 1123 - *Im Ergebnis der CCS-Debatte wird es in BB keine unterirdische CO²-Speicherung geben,*
- 1124 *außer beim Forschungsprojekt Ketzin.*
- 1125 - *Es wurde ein Prüfauftrag des Landtages an die Landesregierung zur Initiierung einer*
- 1126 *Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesbergrechts ausgelöst, dabei sollen vor al-*
- 1127 *lem geprüft werden: Einführung der Bergschadensvermutung für Tagebaubetriebe,*
- 1128 *Schutzregelung für Randbetroffene von Bergbauvorhaben, Verbesserung von Informati-*
- 1129 *on und Beteiligung bei der Genehmigung von Projekten nach dem Bundesberggesetz,*
- 1130 *kurzfristige Installation von Verfahren zur Schlichtung strittiger Bergschadensanmeldun-*
- 1131 *gen*

1132

1133

1134 **A3 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung**

1135 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die Landtagsfraktion und
1136 die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag umzusetzen.

1137

1138 Stand der Umsetzung

1139

- 1140 - Der Vorwegabzug im FAG soll so schnell wie möglich entfallen.
- 1141 *Dem ist vollumfänglich Rechnung getragen worden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung*
- 1142 *wird derzeit im Landtag debattiert. Der Finanzminister Markov (DIE LINKE) hat die dazu*
- 1143 *notwendigen Vorschläge für eine Gesetzesnovelle des FAG unterbreitet. Das Gesetz ist be-*
- 1144 *schlossen worden.*

1145 *Im Gesetzestext heißt es: ... den 2006 eingeführten sog. Vorwegabzug gemäß § 3 Absatz 2*
1146 *BbgFAG ..., stufenweise abzubauen. Ab dem Jahr 2016 soll er vollständig entfallen, wodurch*
1147 *die Finanzausgleichsmasse zugunsten der Kommunen um jährlich 50 Mio. Euro gestärkt*
1148 *wird.*

1149 *Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz wurde wie folgt geändert: 1. § 3 Absatz 2*
1150 *wird wie folgt gefasst: „(2) Der Anteil der Verbundmasse nach Absatz 1 Nummer 1 wird im*
1151 *Ausgleichsjahr 2013 um 30 000 000 Euro, 2014 um 20 000 000 Euro und 2015 um 10 000*
1152 *000 Euro erhöht*

1153
1154 2. ..., dass die vom Land zu übertragenden Aufgaben als untere Landesbehörden eine 100%ige
1155 Kostenerstattung erhalten.

1156 *Es gilt in Brandenburg das strikte Konnexitätsprinzip, das besagt, dass übertragene Aufga-*
1157 *ben voll zu finanzieren sind. In dieser Wahlperiode ist noch keine Aufgabenübertragung vor-*
1158 *genommen worden. Mit diesem Thema befasst sich die Enquetekommission 5/2 des Land-*
1159 *tages unter der Leitung von Stefan Ludwig, die mit ihrem Bericht Vorschläge zur Übertra-*
1160 *gung von Aufgaben an die Kommunen unterbreiten wird. Der Bericht, der ausschließlich*
1161 *Empfehlungen gibt, die dann in der nächsten Legislaturperiode zu prüfen und ggf. umzuset-*
1162 *zen sind, wird bis zum 31.10.13 vorgelegt. Er wird diese Forderung berücksichtigen.*
1163 *Mit dem Nachtragshaushalt, der ab September im Landtag debattiert wird, wird es zudem*
1164 *einen Soziallastenausgleich geben.*

1165
1166 3. Aktivitäten der Bundestagsfraktion
1167 *Eckpunkte der Kommunalfinanzen der Länder des Bundesfinanzministeriums wurden vorge-*
1168 *stellt. Darauf könnte insbesondere bei den Daten der Sozialausgaben reagiert und Öffent-*
1169 *lichkeit geschaffen werden. So wurde z.B. ein Antrag der Abgeordneten Katrin Kunert... und*
1170 *der Fraktion DIE LINKE gestellt:“ Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft*
1171 *für Hartz IV Beziehende erhöhen“. Diese und andere Aktivitäten führten bisher nicht zu Ver-*
1172 *änderungen, machten es aber als flächendeckendes Problem in ganz Deutschland erneut*
1173 *deutlich. Verschiedene Akteure anderer Parteien verwiesen bisher nur auf die Zeit nach der*
1174 *Bundestagswahl.*

1175
1176

1177 **A5 Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung**

1178 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die Landtagsfraktion wird
1179 gebeten, den Auftrag umzusetzen. Dazu ist eine enge Abstimmung mit den Kreisverbänden
1180 und deren Fraktionen notwendig. Die Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion wer-
1181 den um Unterstützung gebeten.

1182 V.: LV-Mitglieder in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden, LTF: Stefan Ludwig, BTF: Diana
1183 Golze

1184

1185 Stand der Umsetzung

- 1186 - *Zur Einbeziehung der Kreise u. ihrer Fraktionen ist dies ständiges Thema in den Bera-*
1187 *tungen des Landesvorsitzenden mit den Kreisvorsitzenden u. der/s Fraktionsvorsitzen-*
1188 *den mit den Kreistagsfraktionsvorsitzenden*
- 1189 - *Erneute Beratung dazu im Zusammenhang mit dem Haushalt 2013/14 in LTF*
- 1190 - *Bisher keine Veränderung des bundesrechtlichen Rahmens möglich gewesen*

1191 **A6 „Demokratie erleben und lernen von Anfang an!“ Für umfassende und nachhaltige**
1192 **demokratische Jugendbeteiligung in brandenburgischen Schulen und Kommunen**

1193 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung
1194 des Wahlprogramms. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten,
1195 den Auftrag umzusetzen.

1196 V.: Harald Petzold, Daniel Förster

1197

1198 Stand der Umsetzung

1199 - *Aktivitäten im Rahmen von Wahlalter 16 – Mittel (250.000) wurden auf unsere Intention*
1200 *hin in den Haushalt für 2012ff. eingestellt – die Bemühungen, diese Mittel durch Pro-*
1201 *jekte auszuschöpfen, laufen – dabei gibt es Probleme*

1202 - *Über Strukturen der Mitwirkung in Schulen sollten wir noch einmal im Arbeitskreis der*
1203 *LTF beraten;*

1204

1205

1206

1207 **A7 Priorität für Bildungspolitik - Kennzeichen LINKER Regierungsbeteiligung**

1208 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung
1209 des Wahlprogramms. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten,
1210 den Auftrag umzusetzen.

1211 V.: Harald Petzold, Daniel Förster

1212

1213 Stand der Umsetzung

1214 Bildung

1215 - Der Landesvorstand hat sich zu all diesen Themen in einer Beratung mit der Bil-
1216 dungsministerin verständigt, daran nahmen auch Mitglieder der LG Schule teil.

1217 - keine Kürzungen im Bereich der Bildungspolitik – das Gegenteil wurde erreicht.

1218 - *im Haushalt 2013/2014 ist eine Erhöhung der Mittel zu verzeichnen;*

1219 - *zum Schuljahr 2012/2013 - 450 unbefristete und 260 befristete Neu-Einstellungen;*

1220 - *800 Referendare in der Ausbildung;*

1221 - *Einrichtung eines Studienganges „Sonderpädagogik“ an der Uni Potsdam ist in Vorberei-*
1222 *tung*

1223 - Ab Frühjahr 2014 wird die Vertretungsreserve (bislang 3 % bei 2,5 % Dauerkran-
1224 kenstand) um 50 % erhöht

1225 - Ab Schuljahr 2014/15 greift der Einstieg in die Reduzierung der Stundenzahlen bei
1226 den Grund- und Oberschullehrer/innen, Lehrer/innen, die 60 Jahre als und 35 Jahre
1227 im Schuldienst sind, wird es eine weitere Stundenreduzierung geben

1228 - Hoch anzuerkennen ist, dass entgegen der Vereinbarung im Koalitionsvertrag nach in-
1229 tensiven Verhandlungen mit dem Koalitionspartner erreicht werden konnte, dass in
1230 der Legislatur nicht nur 1.250 junge Lehrer/innen neuen Wind in die Schulen bringen,
1231 sondern mehr als 2.000

1232 - längeres gemeinsames Lernen - „eine Schule für alle“

1233 - *ist zentraler Bestandteil unserer Arbeit - sowohl in den Veranstaltungen vor Ort als auch*
1234 *in den Debatten mit dem Koalitionspartner;*

1235 - *wird von uns ständig thematisiert, vor allem im Zusammenhang mit der Umsetzung des*
1236 *Projektes „Inklusion“, da eine inklusive Schule nicht im gegliederten Schulsystem mög-*
1237 *lich ist und sie aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu „einer Schule für*
1238 *alle“ sein muss; Wir haben durchgesetzt, dass erst nach Abschluss des Pilotprojektes in*
1239 *84 Modellschulen und der Auswertung und der Sicherstellung der notwendigen Finan-*
1240 *zierung eine Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht wird. Vor-Ort-Veranstaltungen der*
1241 *LAG Schule und Bildung am 19.10.2012 (Neuruppin), geplante Handlungsvorschläge für*

- 1242 *den Landesvorstand werden nach einem zweiten Vor-Ort-Termin in LDS oder OSL erar-*
 1243 *beitet (in Planung);*
 1244
 1245 Fortbildungsinitiative für Lehrkräfte
 1246 - *ist auch auf dem Weg - sicher nicht in den Größenordnungen wie von uns angestrebt;*
 1247 *erst einmal gibt es eine Konzentration auf die Lehrkräfte in den 84 Pilotschulen, um sie*
 1248 *zum gemeinsamen Unterricht zu befähigen;*
 1249 *Weiterbildung in englischer Sprache ist auf den Weg gebracht*
 1250
 1251 Bundesratsinitiative zur Beteiligung des Bundes an der Bildungsfinanzierung
 1252 - *mehrfach wurde der SPD von uns ein Antrag vorgelegt zu einer Bundesratsinitiative „In-*
 1253 *klusive Schule“, mit der wir - ähnlich wie beim Ganztagschulprogramm - Investitionen*
 1254 *des Bundes für inklusive Schulen auf den Weg bringen wollten. Dieser Antrag scheitert*
 1255 *an der SPD, die erst zu einem derartigen Antrag bereit ist, wenn das Kooperationsverbot*
 1256 *aufgehoben ist. Wissenschaft:*
 1257 *Keine Mittelkürzungen*
 1258 - *auch im Wissenschaftshaushalt gibt es eine Steigerung der Mittelansätze, sicher zu*
 1259 *wenig, um die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen zu stoppen, aber auf je-*
 1260 *den Fall keine Kürzungen;*
 1261 - *die Art der Finanzierung der Hochschulen wird umgestellt - vom umstrittenen Mittelver-*
 1262 *teilungsmodell zu Hochschulverträgen (über 5 Jahre), damit wird Planungssicherheit er-*
 1263 *höht*
 1264
 1265 Zahl der Studienplätze
 1266 - *es ist keine Kürzung vorgesehen - es bleibt bei 50.000*
 1267
 1268 Studienqualität verbessern
 1269 - *Es ist uns zum Teil gelungen, eine öffentliche Debatte zur Hochschulgesetznovellierung zu*
 1270 *initiieren. Dazu fand - wie auch zum Thema Neustrukturierung der Hochschullandschaft in*
 1271 *der Lausitz eine Beratung des LV mit der Wissenschaftsministerin und ein Gespräch von*
 1272 *Vertretern von solid mit der Wissenschaftsministerin statt.*
 1273 - *Aus dem Prozess der Neustrukturierung der Hochschullandschaft in der Lausitz haben wir*
 1274 *gelernt, dass eine solche große Aufgabe von Anfang an nur mit den Betroffenen vor Ort ge-*
 1275 *lingen kann. Dies haben wir dem Koalitionspartner deutlich signalisiert. Nach der Be-*
 1276 *schlussfassung durch den Landtag scheint die Neustrukturierung nun auf einem guten Weg*
 1277 *zu sein.*
 1278 - *Drittmittel an Hochschulen - Forderung nach Zivilklausel - Trotz aller Bemühungen ist es*
 1279 *und bislang noch nicht gelungen, Mehrheiten für die Einführung einer solchen Klausel zu*
 1280 *gewinnen.*
 1281
 1282 **A9 Keine Bundeswehr an den Schulen, Kooperationsvereinbarungen verhindern!**
 1283 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Kurzfristig sind geeignete
 1284 Schritte der Öffentlichkeitsarbeit zu finden, da im Land die versuche, Zugang zu Schule zu
 1285 erhalten, intensiviert wurden. Dazu ist mit dem Jugendverband kurzfristig ein Konzept zu ver-
 1286 abreden. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag mit
 1287 umzusetzen.
 1288 V.: Katharina Dahme, Harald Petzold, Daniel Förster
 1289 Stand der Umsetzung
 1290

- 1291 - *Es hat Gespräche mit dem Landesschülerrat gegeben, der zu der Frage eine ambivalen-*
 1292 *te Position bezieht.*
 1293 - *Von unserer Seite aus wäre unter Umständen ein Antrag in Erwägung zu ziehen, aller-*
 1294 *dings hätte er keine Chance bei der SPD – möglicherweise sollten wir es trotzdem ver-*
 1295 *suchen – auch hier müsste der Arbeitskreis der LTF noch einmal beraten.*
 1296 - *Die Forderung wurde in einem Gespräch des Landesvorstands mit der Bildungsministe-*
 1297 *rin thematisiert, die deutlich machte, dass es auch weiterhin in BB keine Vereinbarun-*
 1298 *gen geben wird, sie aber die Auftritte der Bundeswehr in den Schulen nicht verhindern*
 1299 *wird.*

1300
 1301

1302 **A13 Stärkung des Rechtsstaats in Brandenburg, Beratungshilfe**

1303 Die Landtagsfraktion bezieht den Beschluss in ihre Arbeit ein und berichtet dem Landesvor-
 1304 stand bzw. dem Landesparteitag über die Umsetzung.

1305 V.: Stefan Ludwig

1306

1307 Stand der Umsetzung

- 1308 - *Ständige Aufgabe im AK der LTF*
 1309 - *Justizminister bezieht dies in Abstimmungen mit den Gerichtsleitungen mit ein, ohne es*
 1310 *anordnen zu können; wg. Unabhängigkeit der Justiz Aufgabe der Gerichte*
 1311 *Personelle Verstärkung der Gerichte ist erfolgt, sodass Abarbeitung von Staus verbes-*
 1312 *sert werden kann, weitere Verstärkung wird ständig geprüft. Erste Erfolge bei der Redu-*
 1313 *zierung des Staus sind erreicht, Grundproblem bleibt die schlechte Gesetzesformulie-*
 1314 *rung, die streitanfällig bleibt.*

1315

1316 **IA1 Feinde der Demokratie bekämpfen – Gefahr von Rechts endlich ernst nehmen!**

1317 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die antifaschistischen Akti-
 1318 vitäten der Gliederungen und Bündnispartner werden weiterhin auch organisatorisch und fi-
 1319 nanziell unterstützt. Die Landtagsfraktion wird um ständige Information zu und Einbringung
 1320 von parlamentarischen Aktivitäten gebeten, so insbesondere bei der jährlichen Berichterstat-
 1321 tung des Aktionsbündnisses. Die Landtagsfraktion soll zudem für eine Beendigung der Krimi-
 1322 nalisierung von antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Projekten gegenüber der Lan-
 1323 desregierung aktiv werden.

1324

1325 Stand der Umsetzung:

1326

- 1327 - *LV unterstützt regelmäßig personell und organisatorisch antifaschistische Aktionen im*
 1328 *ganzen Land durch Präsenz vor Ort, Großtransparente und bei Bedarf Infomobil bzw.*
 1329 *andere logistische Unterstützung. Es ist Konsens in der Koalition, dass es keine Tole-*
 1330 *ranz für Intolerante geben darf.*

1331

- 1332 - *Die Abgeordneten Bettina Fortunato und Andreas Bernig fragen weiterhin monatlich*
 1333 *nach rechtsextremen Straftaten. Daraus lassen sich lokale Schwerpunkte rechtsextre-*
 1334 *mer Aktivitäten erkennen. Gemeinsam mit der SPD wurde eine Große Anfrage zu den*
 1335 *Aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet des Rechtsextremismus eingebracht (DS*
 1336 *5/6005). Die Antwort der Landesregierung liegt vor und wird in die weitere Arbeit ein-*
 1337 *bezogen. Auf Initiative unserer Landtagsfraktion wurde ein Vorschlag für eine antifa-*
 1338 *schistische Klausel für die Landesverfassung erarbeitet und gemeinsam mit SPD, FDP*
 1339 *und Bündnis 90/Die Grünen auf den Weg gebracht. Damit sollen, 20 Jahre nach Inkraft-*

1340 *treten der Brandenburger Verfassung die freiheitliche, offene und demokratische Ge-*
1341 *sellschaft in ihrem Kampf gegen rechtsextrêmes und neofaschistisches Gedankengut*
1342 *einen verfassungsrechtlichen Rückhalt erhalten. Die Brandenburgerinnen und Branden-*
1343 *burger sollen sich bei der Bekämpfung des Rechtsextrémismus in Brandenburg der Un-*
1344 *terstützung des Landes gewiss sein.*

1345

1346 **B1 Kontowechsel des Landesverbandes**

1347 Der Landesschatzmeister wird mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt und berichtet
1348 dem Landesvorstand laufend über die Umsetzung.

1349 V.: Matthias Osterburg

1350

1351 Stand der Umsetzung

1352

1353 *Der Kontowechsel ist erfolgt,*

1354

1355 **B2 Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von** 1356 **Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)**

1357 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen.

1358 V.: Andrea Johlige, Matthias Osterburg

1359

1360 Stand der Umsetzung

1361 - *mit der LAG Behindertenpolitik wurden erste, neue Maßnahmen besprochen um deren*
1362 *Arbeit zu gewährleisten (Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern bei den LAG-*
1363 *Treffen),*

1364 - *es wird derzeit geprüft, welche Wege es gibt, Materialien und Formen der Öffentlich-*
1365 *keitsarbeit für Menschen mit Behinderungen geeignet gestaltet werden können*

1366 - *es wird regelmäßig darauf hingewirkt, dass bei der Wahl von Veranstaltungsorten aber*
1367 *auch bei Neubezug von Geschäftsstellen und Büros der Zugang für Menschen mit Be-*
1368 *hinderungen gesichert ist*

1369

1370

1371 **B4 Wahlalter 16**

1372 Die Kommissionen für Strategie und Wahlen und das Landeswahlbüro werden vom Landes-
1373 vorstand gebeten, gemeinsam einen Vorschlag/ mehrere Vorschläge zur Umsetzung des Auf-
1374 trages vorzuschlagen. Der Landesvorstand bezieht den Auftrag in seiner wahlstrategische
1375 Arbeit ein und berät mit den Kreisverbänden über Maßnahmen zur Umsetzung.

1376 V.: KSW, Kommission Parteireform

1377

1378 Stand der Umsetzung

1379 - *die Kommission Strategie und Wahlen hat sich bereits auf Basis des Beschlusses des 3.*
1380 *Landesparteitages „Wahlalter 16“ verständigt, welche Ideen es für eine ErstwählerIn-*
1381 *nenkampagne geben kann*

1382 - *kf und RLS werden sich gezielt mit Bildung und Mobilisierung von SchülerInnen zu den*
1383 *Wahlen auseinandersetzen*

1384 - *unter Einbeziehung des Jugendverbandes wird eine ErstwählerInnenstrategie im Rahmen*
1385 *der Wahlstrategie des Landesverbandes erarbeitet, die sich 2014 zu den Landtags-*
1386 *und Kommunalwahlen gezielt an 16-18 Jährige richten soll, ein erstes Gespräch mit dem*
1387 *Jugendverband dazu hat stattgefunden, eine Aktivierungsveranstaltung für junge Wahl-*
1388 *kämpferInnen ist in Vorbereitung*

- 1389 - erste Ideen wurden bei den Landratswahlkämpfen in Teltow-Fläming und Märkisch Oder-
1390 land ausprobiert (Postkarte in Direktansprache für Jugendliche, Schultour von solid in
1391 Teltow-Fläming, gezielte Facebook-Ansprache)

1392
1393
1394

Stand der Umsetzung/Positionsbildung bei an den LV überwiesenen Anträgen

1395
1396
1397

A10 Forschungsreaktor Wannsee endgültig abschalten

1398 Der Landesvorstand nimmt Kontakt zum Berliner Landesverband auf und bittet die Berliner
1399 GenossInnen um Stellungnahme. Wissenschaftlicher Sachverstand und die Bundestagsfrakti-
1400 on sollen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

1401 V.: Stefan Ludwig, Felix Thier, Kirsten Tackmann

1402

Stand der Umsetzung

- 1403
1404 - Ende November 2012 fand eine Veranstaltung zum Themaorganisiert vom Ortsver-
1405 band Potsdam Babelsberg statt. Die Ergebnisse gehen in die Positionsbestimmung ein.
1406 - Position im Landesvorstand war, sich eng mit LV Berlin abzustimmen und diesem die
1407 Federführung beim Thema zu überlassen (Territorialprinzip) Dazu fand eine Beratung
1408 des LV mit Berliner Genossen, einer Vertreterin des Helmholtz Instituts und Genossen
1409 aus Babelsberg und von der LAG Umwelt statt, die Ergebnisse werden in die Positi-
1410 onsbestimmung eingehen.
1411 - Berlin beschloss auf einem LPT im Juni 2012 mittelfristige Ersetzung des BER II durch
1412 eine ungefährlichere „Spallationsquelle“ (Eine Spallationsquelle ist eine Neutronen-
1413 quelle mit deren Hilfe schwere Atomkerne mit Elektronen beschossen werden. Durch
1414 diesen Prozess werden Atomkerne in ihre Bestandteile zerlegt und Neutronen frei.)
1415 → Bedeutung für Forschungslandschaft und Wissenschaft wird betont, daher so-
1416 fortige Abschaltung nachteilig für Wissenschaftsstandort Berlin
1417 → Atomausstieg jedoch gesellschaftlicher Konsens, daher auch hier auf ein En-
1418 de hinzuarbeiten → Aufforderung an Senat hier tätig zu werden für mittelfristige
1419 Ergebnisse (Wechsel auf Spallationsquelle)
1420 → Weiterhin engmaschige Kontrollen nötig um die Gefahren dieser Risikotechnik
1421 so gering wie möglich zu halten; transparente Informationspolitik; erweiterte Be-
1422 stimmungen für das Flugbeschränkungsgebiet streng kontrollieren
1423 - Position von LV Berlin ist wissenschaftlich fundiert und sollte Maßstab des Beschlusses von
1424 BB sein
1425 - Forderung nach sofortiger Abschaltung wäre ggü. der Fachwelt nicht sachlich zu begründen
1426 bzw. würde wohl als überzogen verstanden werden (Gefahrenpotenzial v. AKW um Unmen-
1427 gen höher; Restrisiko jedoch letztlich nicht zu verneinen → Abwägungsprozess)
1428 - Überprüfung durch Reaktorsicherheitskommission brachte auch keine Befürwortung für
1429 Stilllegung; Gefahr (Flugzeugabsturz, beachte jedoch Überflug-Einschränkungen!) wird nicht
1430 verneint, aber als gering angesehen
1431 - Weder MUGV BB noch zuständige Senatsverwaltung in Berlin (damals noch unter K.
1432 Lompscher) gegen Weiterbetrieb
1433 - BER II nur für Forschung (international renommierter Standort), keine Energieerzeugung,
1434 keine Erforschung oder Nutzung von Kernenergie
1435 - Betrieb soll 2020 eingestellt werden.
1436 - Krebsatlas Berlin als auch Strahlungsbelastung am Ort/Bezirk zeigt keine signifikanten Auf-
1437 fälligkeiten bzw. Abweichungen zur Norm und sind teilw. niedriger als in Restberlin

- 1438 - *Zur Sicherheit: Reaktor drei Wochen in Betrieb, dann eine Woche Wartung/Prüfung; fortlau-*
1439 *fend modernisiert, technologisch auf neuestem Stand → wissenschaftlich aktuell; bei*
1440 *Schnellabschaltung kommt Spaltungsprozess in weniger als 0,5 sec. zum Erliegen. Der Lan-*
1441 *desvorstand befasste sich in seiner Sitzung am 15.02.2013 zunächst im Rahmen einer par-*
1442 *teiöffentlichen Diskussion mit der Pressesprecherin des Helmholtzzentrums, Frau Helms,*
1443 *unter Teilnahme von VertreterInnen des OV Babelsberg, eines Vertreters des Landesverban-*
1444 *des Berlin und der LAG Umwelt mit dem Landesparteitagsantrag zum Wannseereaktor, der*
1445 *durch diesen zur weiteren Befassung an den Landesvorstand überwiesen wurde. Der TOP*
1446 *diente insbesondere der Wissensvermittlung und wurde mit der Verabredung zu weiteren*
1447 *Gesprächen und Diskussionen zu diesem Thema vor einer zu treffenden Entscheidung be-*
1448 *endet.*
1449 - *laut Presseveröffentlichung geht der BER II 2020 vom Netz (Ersatzforschungseinrichtung ist*
1450 *dann verfügbar).*
1451 - *Es geht nun um eine Übergangszeit von weniger als sieben Jahren, in der wir zwischen den*
1452 *Positionen abwägen müssen. Wir müssen mangelnde Entscheidungskompetenz in Branden-*
1453 *burg feststellen (BER II liegt in Berlin); unsere Positionierung könnte für die Gegner vom BER*
1454 *II Symbolkraft haben, aber keine Aussicht auf Umsetzung. Die Position der LINKEN in Berlin*
1455 *ist Parteitagsbeschluss. Auch müssen wir die Wirkung bei negativer Position zum BER II auf*
1456 *Forschung und Wissenschaft in der gemeinsamen Wissenschaftsregion beachten.*
1457 - *Zur Frage, ob mögliches Pro bzw. Enthalten zum BER II Widersprüche zum Programm der*
1458 *LINKEN aufweisen würde, gibt die Antwort der Berliner LINKEN auf den Wahlprüfstein des*
1459 *Anti-Atom-Bündnisses Berlin-Potsdam (siehe unten) Antworten.*
1460 - *Das Ende des BER II ist absehbar.*

1461
1462
1463

A 11 Abschaffung des Numerus Clausus im Studiengang Sozialpädagogik

1465 Der Antrag wird der Landtagsfraktion mit Bitte um Stellungnahme übergeben.

1466 V.: Norbert Müller, Daniel Förster

1467

1468 Stand der Umsetzung

1469 - bisher keiner

